

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzelle 50 Pf.

Den Verstand behalten! Von Wilhelm Sollmann

Da wächst nun noch immer die Riesenanzahl der Erwerbslosen von Woche zu Woche und immer mehr schwillt das Elendsheer der Ausgesteuerten an. Die noch in Arbeit Stehenden fühlen die harten Schläge des Lohnabbaues. Auch die unleugbaren Preissenkungen können die allgemeine große Verschlechterung der Lebenslage nicht hindern.

Wann wird es besser werden? Das ist die einzige Frage, die wirklich alle bewegt. Und die Antwort ist doch eigentlich immer noch ein Vertagen: Die Krise ist international und kann nur international gelöst werden. Internationale Kreditverhandlungen; internationale Reparationsverhandlungen sollen die Wendung bringen. Ihre Beschleunigung aber scheitert an den ungeklärten innerpolitischen Verhältnissen in Frankreich und noch mehr in Deutschland. Parlamentswahlen in Frankreich, Präsidentschaftswahl in Deutschland und Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg müssen die Entscheidung über die politische Machtverteilung in den beiden großen europäischen Staaten bringen, ehe die stockenden Verhandlungen fortgesetzt werden können.

Einstweilen mühen sich die Gewerkschaften durch Wirtschaftsprogramme aus dem Innern Deutschlands Arbeitskräfte unterzubringen. Die großen Mittel gegen die internationale Krise können aber nur durch internationale Verständigung über Wirtschafts- und Finanzfragen gefunden werden.

Gewiß zeigt die Krise ein gewaltiges Versagen des ungeordneten planlosen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diese Feststellung bringt uns aber nicht über den Kapitalismus hinaus. Noch beherrscht er fast unbestritten fünf Sechstel der Erde und die ungeheure Mehrheit der Menschen. In den entscheidenden kapitalistischen Ländern Nordamerika, England und Frankreich regieren mehr oder minder konservative Kräfte. Das sind eherne Tatsachen. Die Politik richtet sich nicht nach Wünschen, sondern nach Machtgruppen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, die wir ihm erobern werden. Die Gegenwart aber ist noch kapitalistisch, und wir rennen uns an den Mauern der kapitalistischen Mächte nur die Köpfe blutig, wenn wir träumen, sie wären nicht da.

In Deutschland ist die Lage für die Arbeiterklasse bedrohlicher als in jedem andern kapitalistischen Lande der Welt. Was sie kennzeichnet, ist die Zersetzung der bürgerlichen Mittelschichten, des Akademikertums und der Bauern. Diese durch die kapitalistische Krise aus ihrer bürgerlichen Geborgenheit hinausgeworfenen Millionen Menschen machen nicht den Kapitalismus, sondern, politisch blind, den Marxismus der Arbeiter für ihren Ab-

sturz verantwortlich. Aus diesen deklassierten Bürgern und Bauern hat der Kapitalismus in Deutschland seine nationalsozialistische Massenarmee gegen die sozialistischen Arbeiter und für eine kapitalistische Diktatur gebildet. In atemloser Spannung wartet Europa auf die Entscheidungskämpfe zwischen den Faschisten und den Republikanern und Sozialisten Deutschlands.

Trotz allem Siegesgebrüll sind die Faschisten in Deutschland eine Minderheit. Mehr als ein Drittel der Wählerstimmen dürften ihnen auch jetzt nicht zu Gebote stehen. Die faschistischen Heere haben nur eine Aussicht auf den Sieg: die Hoffnung, daß die ausgemergelten Arbeitermassen die Nerven und zu allem andern den politischen Verstand verlieren. Wieviele von den hungernden Arbeitern in Deutschland ihre politische Denkkraft behalten — davon hängt buchstäblich alles ab.

Zunächst bei der Präsidentschaftswahl. Ernsthaft kommen nur zwei Kandidaten in Betracht: Hitler oder Hindenburg. Ein Arbeiterkandidat hätte nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Arbeiter geeint wären. Sie sind es nicht. Die Kommunisten haben ihren Kandidaten aufgestellt, ohne irgendeine andere Arbeiterpartei oder eine Arbeiterorganisation zu fragen. So ist ihr Kandidat aussichtslos. Die Kommunisten hatten bei der letzten Reichstagswahl nur ein Achtel der Stimmberechtigten. Auch die Sozialdemokraten hatten nur ein Fünftel. Keine der beiden Parteien kann allein siegen. Nicht einmal vereint könnten sie zur Zeit die Mehrheit der Stimmen erobern ohne bürgerliche Unterstützung.

Reichspräsidentenwahl ist keine Reichstagswahl. Ein Mann und nicht 577 Abgeordnete in vielen Wahlkreisen sind zu wählen. Bei dem einen Mann muß man die Stimmen auf den vereinen, der unter den aussichtsreichen Kandidaten bester Sachwalter der Volksinteressen ist.

Kann ein Arbeiter wünschen, daß Hitler gewählt wird? Was würde das bedeuten? Hitler Reichspräsident? Der faschistische Freund der Großindustrie, des Landjunkertums, des Hochkapitalismus und der abgedankten Fürsten wäre dann der mächtigste Mann im Staate: Er wäre Oberbefehlshaber der Reichswehr. Er beriefe den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Minister. Er hätte das Recht, mit einem willfährigen Reichskanzler den Reichstag aufzulösen. Er handhabte dann den Diktaturparagrafen 48 der Reichsverfassung. Er könnte jedes vom Reichstag

angenommene und ihm nicht genehme Gesetz zum Volksentscheid bringen. Er, der faschistische Hitler, würde den Anspruch erheben, der vom Volke erwählte Diktator zu sein.

Kann das ein Arbeiter wollen? Ein Reichspräsident Hitler bedeutet Einsetzen von Heer und Polizei und des gesamten Staatsapparates gegen die Staatsbürgerrechte der Massen: Ende der Preßfreiheit, Ende der Versammlungsfreiheit, Ende der Gewerkschaften, Ende der Tarife, Ende der Betriebsräte, Ende der Arbeitsgerichte, Ende des Schlichtungswesens, Ende aller Sozialpolitik, Ende jedes Wahlrechts, Ende jeder Mitbestimmung; vor allem Verbot jeder sozialistischen Organisation. Genau wie in Italien, wo ein Arbeiter froh wäre so zu leben wie der ärmste deutsche Wohlfahrtsempfänger.

Der Kapitalismus will Hitler, weil er die kapitalistisch-militaristische Diktatur will. Die Rechtsradikalen schmähen und hassen den alten Hindenburg, weil er nicht meineidig geworden ist. Nicht als ob Hindenburg unser

Mann wäre, aber er steht zu seinem Verfassungseid, deshalb ziehen wir ihn dem politischen Abenteurer und Knecht des Großkapitals Adolf Hitler vor.

Kann der Kommunist Thälmann siegen? Nein. Dieses Nein ist unwiderlegbar. Die Stimmen für ihn sind verloren. Sie kommen indirekt Hitler zugute.

Sollen wir aus verständlicher Abneigung gegen den Konservatismus Hindenburgs unserm Todfeind Hitler zum Sieg verhelfen? Auf diese Frage muß ein millionenfaches Nein antworten!

Die Faschisten träumen wie Trunkenen von ihrem Sieg. Am 13. März wollen sie die Republik erobern. Am 14. März sollen wir unter ihrer Knute uns ducken.

Das werden wir verhindern. Unser kühl rechnender Verstand wird uns führen. Der jetzige verfassungstreue Reichspräsident muß siegen, wenn aus Deutschland kein faschistischer Mörderstaat werden soll. Darum treten wir am 13. März für die Republik an, Männer und Frauen, unter einer Losung:

Nieder mit Hitler!

Vor neuen Lohnverhandlungen

Das Unternehmertum des Baugewerbes holt zu einem neuen Vorstoß aus. Die Löhne sollen noch weiter gesenkt werden. Es reicht noch immer nicht. Der Reichsarbeitsminister hat auch den durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 diktierten Löhnen die Allgemeinverbindlicherklärung versagt. Bei dem derzeitigen niedrigen Beschäftigungsstand und der schwierigen Lage des Baugewerbes hält er die gesetzlich festgesetzten Löhne nicht für durchsetzbar.

Sonderbare Logik. Erst mußten die Löhne abgebaut werden, weil angeblich bei den „höhen“ Löhnen im Baugewerbe eine Belebung der Bauwirtschaft ausgeschlossen erscheine. Nun sind die Löhne im Baugewerbe im Durchschnitt um etwa 20 % gesenkt. Gleichwohl ist die erhoffte Belebung der Bauwirtschaft ausgeblieben. Weil sie aber nicht eingetreten ist, können angeblich auch die bereits um ein Fünftel gesenkten Löhne nicht durchgesetzt werden. Darum müssen nach Auffassung des Reichsarbeitsministers, der sich die Unternehmer gern anschließen, weil es auch ihre Auffassung ist, die Löhne im Baugewerbe auf einen noch tieferen Stand herabgedrückt werden. Und wenn auch dann die Bauwirtschaft noch weiter unbeschäftigt bleibt?

In seiner Rundfunkrede im Januar sprach der Reichsarbeitsminister davon, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Wirtschaft anzusehen sei. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Wenn das im Ernst die Auffassung des Reichsarbeitsministers ist, warum hat er dann den Löhnen im Baugewerbe diesen Schutz versagt? Oder hält er hier den Lohnschutz für unzulässig und das freie Spiel der Kräfte für das Gegebene? Auch das wäre wenig logisch.

Wir erinnern uns auch eines Schreibens des Reichskanzlers an den Vorsitzenden der SPD. vom 12. Dezember 1931, worin von der schicksalhaften Verbundenheit von Löhnen und Preisen, die Rede war. „Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stand aller Preise aufrechterhalten werden kann.“

Entspricht nun aber die Preissenkung dem Lohnabbau? Keineswegs! Sie ist weit dahinter zurückgeblieben. Ja, die Preissenkungsaktion ist vollkommen versandet, wie die Reichsindexziffer beweist, die für Januar und Februar insgesamt nur einen Rückgang von 6,3 % ausweist. Damit wäre die vom Reichskanzler angedeutete „neue Lage“ entstanden. Von einem noch weiteren Lohnabbau darf somit gar keine Rede sein, vielmehr müßte es die Regierung für ihre Pflicht halten, die Preise mit den Löhnen in Einklang zu bringen, das heißt sie mindestens um soviel senken wie die Löhne gefallen sind. Wo aber bleibt hier die Aktivität?

Die baugewerblichen Arbeiter werden das Gefühl nicht los, daß man für sie im Reichsarbeitsministerium in jedem Falle eine Sonderbehandlung hat. Sie

haben das wiederholt in der Sozialversicherung erleben müssen; sie erleben das jetzt bei der Lohnfestsetzung. Allein sie sind durchaus nicht gewillt, diese Sonderbehandlung ruhig hinzunehmen; sie haben dagegen stets auf das lebhafteste protestiert und sie tun das auch jetzt. In der Sozialversicherung hat man sie als Saisonarbeiter deklariert und entsprechend schlecht behandelt; man hat zu diesem Zweck die „berufssübliche Arbeitslosigkeit“ erfunden und an den Arbeitern des Baugewerbes das größte Unrecht begangen. Jetzt soll dasselbe Unrecht auch hinsichtlich der Lohnfestsetzung Anwendung finden; wobei der in der Sozialversicherung so scharf betonte Charakter des Saisonarbeiters völlig zurücktritt. Bald so, bald so, wie es trifft. In diesem Zusammenhang darf auch vielleicht darauf hingewiesen werden, daß von der Einführung der Bürgersteuer sowie von der Aufhebung der Rückerstattung der Lohnsteuer die baugewerblichen Arbeiter am schwersten betroffen werden.

In diesem Monat sollen nach einer zwischen den zentralen Vertragsträgern getroffenen Vereinbarung Verhandlungen zwischen den bezirklichen Vertragsparteien über die Löhne für das zweite Vertragsjahr aufgenommen werden. Die Absichten der Unternehmer liegen klar zutage, sie sind auf eine weitere Senkung der Löhne gerichtet, weil sie anscheinend noch immer des Glaubens sind, daß die Löhne das einzige Hemmnis der Wiederbelebung der Bautätigkeit darstellen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen müßten sie diesen Irrglauben längst aufgegeben haben. Lohnsenkungen sind in allen Industrien und Gewerbebereichen durchgeführt worden, teils von beachtlicher Höhe. Wo ist in einem dieser Zweige eine Zunahme der Beschäftigung eingetreten? Die dauernd gestiegenen Arbeitslosenziffern geben die Antwort darauf. Was ist durch die Lohnsenkung erreicht worden? Eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes, die nach den oben zitierten Ausführungen des Reichskanzlers vermieden werden sollte durch einen tief gehaltenen Stand aller Preise. Was es mit letzterem auf sich hat, ist bereits dargelegt worden. Wer deshalb heute noch einem Lohnabbau das Wort redet in der Annahme, daß dadurch die Krise gemildert und Arbeitsmöglichkeit geschaffen werde, dem ist nicht zu helfen.

Die Verhandlungen werden sich, davon sind wir überzeugt, sehr schwierig gestalten. Die Unternehmervertreter werden mit allem Nachdruck auf ihren Lohnabbauforderungen bestehen. Sie wissen sich der Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums sicher und werden deshalb um so dreister auftreten. Vor allem werden sie auch in diesen Verhandlungen wieder damit argumentieren, daß in verschiedenen Teilen des Reiches Lohnunterbietungen seitens der Arbeiter vorgekommen sind. Als ob diesem Argument irgendeine Bedeutung beikäme, wo an sich überhaupt kaum noch 10 % Arbeiter im Baugewerbe beschäftigt sind. Wenn davon ein Teil aus höchster wirtschaftlicher Not dem Drucke der Unternehmer, für einen billigeren Lohn zu arbeiten, nachgegeben hat, so ist das für die Neuregelung der Löhne absolut nicht von Belang.

Unsere Vertreter werden bei dieser Sachlage einen sehr schweren Stand haben. Dennoch werden sie sich gegen die Unternehmerabsichten auf das äußerste zur Wehr setzen. Die Parteiverhandlungen werden, das darf als sicher gelten, in allen Bezirken scheitern. Wie dann die Dinge weitergehen sollen, ist einstweilen noch ungeklärt. Die Unternehmerzentralen bestehen darauf, daß ihren Unterverbänden vollkommene Freiheit gelassen wird; sie wollen keinerlei zentrale Initiative, erst recht keinerlei zentrale Bindung. Endgültige Entscheidungen irgendwelcher Instanzen lehnen sie ebenso beharrlich ab wie unser Verband das immer getan hat. Für diese Haltung der Unternehmer sind organisatorische Ursachen maßgebend. Ob überhaupt und welche Schiedsinstanzen in den Bezirken eingeschaltet werden können,

darüber wird erst nach Beendigung der Parteiverhandlungen zu reden sein.

Die Situation ist ernst und schwer. An unsere Verhandler werden große Anforderungen gestellt. Sie werden tun, was ihnen die Pflicht gebietet. Wenn

Der Faschismus vor der Entscheidung

Nach mehrtägigen, zum Teil sehr stürmischen Verhandlungen hat der Reichstag die von der Opposition gestellten Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt. Als Termin für die Wahl des Reichspräsidenten wurde der 13. März festgesetzt. Für den Wahlkampf stehen somit nur zwei Wochen zur Verfügung. Eine verhältnismäßig kurze Zeit, in der sich also die politischen Leidenschaften genügend austoben können. Der Verlauf der Reichstagsverhandlungen läßt darauf schließen, daß es hieran, besonders auf nationalsozialistischer Seite, nicht fehlen wird. Die Nationalsozialisten sind mit dieser Wahl vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt, nicht weniger freilich auch das deutsche Volk. Handelt es sich doch um die Frage, ob die großmühtigen Versprechungen der Nazis von den Segnungen des kommenden dritten Reiches in Erfüllung gehen, der Faschismus siegen und damit die Deutsche Republik zu Grabe tragen, oder dem Hitlerismus mit seinem reaktionären Anhang die verdiente Niederlage bereitet werden soll! Seit Jahren wird von den Vertretern des Faschismus auf diese Entscheidung hingearbeitet. Immer wurde sie in allernächste Aussicht gestellt. Jedesmal wurden aber seine Anhänger von neuem enttäuscht. Jetzt steht die Entscheidung vor der Tür, schneller, als sie es sich träumen ließen!

Die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl sind aufgestellt. An erster Stelle steht der bisherige Reichspräsident Hindenburg, der sich trotz seines hohen Alters im Hinblick auf die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bereit erklärt hat, eine Wiederwahl anzunehmen und sein Amt weiter zu führen. In den Kreisen der zur Harzburger Front gehörigen Oppositionsparteien hat man sich aller zur Schau getragenen Einigkeit entgegen auf einen gemeinsamen Kandidaten nicht zu einigen vermocht. Von den Nationalsozialisten wurde ihr Heros Adolf Hitler auf den Schild erhoben, und zwar wider Erwarten schon für den ersten Wahlgang. Von der darob aufflammenden allgemeinen Begeisterung war bis jetzt noch nichts zu beobachten. Vielleicht hat sie durch die seine Aufstellung begleitenden eigentümlichen und stark nach Korruption riechenden Umstände eine gewisse Dämpfung erfahren. Der Rest der Harzburger Front, die Deutschnationalen und die Stahlhelmmänner schlossen sich zu einem schwarzweißroten Wahlblock zusammen und stellten den Oberstleutnant a. D. Düsterberg als Kandidaten auf, während die Kommunisten wieder mit ihrem sowjetrussischen Reitergeneral Thälmann in den Wahlkampf eintreten.

Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu der letzten Reichspräsidentenwahl des Jahres 1925 keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Aus wohlwogenen Gründen! Der damalige Kandidat der Sozialdemokratie, der jetzige preußische Ministerpräsident Dr. Otto Braun, erhielt bei dieser Wahl die gewiß respektable Stimmenzahl von rund 7,8 Millionen, während der Kandidat des Rechtsblocks, Jarres, es auf 10,4 Millionen Stimmen brachte. Dieser Umstand bewog die Sozialdemokratie dazu, im zweiten Wahlgang für den Kandidaten des Zentrums, Dr. Marx, einzutreten, der jedoch trotz dieser Unterstützung gegenüber dem von dem Rechtsblock und den übrigen bürgerlichen Parteien als Sammelkandidaten aufgestellten Feldmarschall Hindenburg unterlag. Das konnte nur geschehen, weil die Kommunisten auch im zweiten Wahlgang, bei dem die Entscheidung nur zwischen zwei Kandidaten erfolgen kann, ihre aussichtslose und vom republikanischen Standpunkt unsinnige Zählkandidatur aufrechterhielten.

Die von der Sozialdemokratie gegen die Wahl Hindenburgs gehegten Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Es be-

etwas ihnen ihre schwere Aufgabe zu erleichtern vermag, so ist es der Umstand, daß sie sich des Vertrauens aller Kameraden sicher wissen. Gestützt hierauf werden sie in den Verhandlungen ihren Mann stehen.

stand die Gefahr, daß er sich im Banne der Rechtsparteien als Reichspräsident zu Schritten bewegen lassen werde, die den Bestand der Republik in Frage stellen konnten. Dieser Erwartung wurde auch von Vertretern der Rechtsparteien offen Ausdruck gegeben, indem man seinen Sieg als den ersten Schritt zur Wiederherstellung der monarchischen Verfassung in Deutschland feierte. Im Gegensatz dazu hat Hindenburg als Reichspräsident seinen Eid auf die Verfassung der Republik treu gehalten und nichts getan, sie zu verletzen. Durch diese Haltung hat er einen erheblichen Teil seiner Anhänger, besonders im Lager der Schwerindustriellen und Großagrarien schwer enttäuscht. Die gleichen Kreise, die ihn bei seiner Wahl als den kommenden „Retter“ priesen, erstreben heute mit allen Mitteln seine Beseitigung, allen voran die Handlager des großindustriellen Kapitals, die Nationalsozialisten.

Durchaus zutreffend hat der Genosse Dr. Breitscheid in seiner letzten Rede im Reichstag, in der er mit den Nazis abrechnete, darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie 1925 die Kandidatur Hindenburgs bekämpfte, weil sie in ihm den Vertreter von Anschauungen erblickte, die mit den unsern nichts zu tun haben. Hindenburg ist der Vertreter des konservativen Systems, und damit von Anschauungen, die im Gegensatz zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie stehen. Diese Tatsache ist nicht abzuleugnen! Ehrlichkeit und politischer Anstand gebieten aber, anzuerkennen, daß er während seiner Amtstätigkeit nichts unternahm, was dazu berechtigen würde, die von dem Reichspräsidenten auch der Sozialdemokratie wie den Arbeitern gegenüber zu fordernde Objektivität in Zweifel zu ziehen. Er hat sich in dieser Hinsicht als durchaus einwandfrei erwiesen. Das läßt die Erwartung zu, daß seine Wiederwahl hierin nichts ändern wird.

Wie sieht es demgegenüber auf der andern Seite aus? Die Kandidatur des Nazihauptlings Hitler, den man hinterher im letzten Augenblick Amt und Titel eines Regierungsrats gab und damit die deutsche Staatsangehörigkeit verschaffte, ohne die er nicht wählbar wäre, bedeutet nichts anderes, als den Versuch zur Verwirklichung der von den Nazis

seit langem verfolgten und wohl vorbereiteten Staatsstreichpläne. Die Herbeiführung des von den Nationalsozialisten mit ihrem Anhang von Prinzen, Generälen, abgehalfterten Größen der wilhelminischen Ära samt den großindustriellen und großagrarischen Geldgebern der Nazibewegung angestrebten dritten Reiches ist nur auf dem Wege über die Beseitigung der Deutschen Republik denkbar. Darüber lassen auch die Ausführungen der nationalsozialistischen Führer wie ihrer Presse keinen Zweifel übrig! Ebenso wenig können alle Legalitätsbeteuerungen hierüber hinwegtäuschen. Die vorgeschützte Legalität dauert im besten Falle nur bis zur Eroberung der politischen Macht. Mit der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten wäre dieses Ziel erreicht. Ist das der Fall, dann pfeift der Wind aus einem andern Loch, dann hätte die Legalität ein Ende und der Staatsstreich würde sehr bald vollzogene Tatsache sein! Auf das gleiche Ziel läuft die deutschnationale Kandidatur hinaus, während die Kandidatur des Kommunisten Thälmann nur dazu dienen kann, die nationalsozialistischen und deutschnationalen Bestrebungen zu unterstützen. Ist diese Haltung auch verbrecherischer Wahnsinn, so entspricht sie doch der von den Kommunisten seither verfolgten Methode.

Bei dieser Sachlage ist die Stellung der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften gegeben. Die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bieten keine andere Möglichkeit, als den Arbeitern die Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten Hindenburg zu empfehlen und für diese Wiederwahl mit allen zur Verfügung stehenden Kräften einzutreten. Wollten sie anders handeln, so hieße das: alle unter schwersten politischen und wirtschaftlichen Kämpfen gegen den Faschismus gehaltenen Positionen aufgeben und diesem zum Siege zu verhelfen! Das wäre auf unabsehbare Zeit das Ende der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, zugleich aber auch das Ende der Republik sowie der Verlust aller politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften in Jahrzehnten, den nur diejenigen richtig einzuschätzen vermögen, die mit an dem uns geführten Kämpfen teilnahmen. Diese Gefahr abzuwehren ist die „Eiserne Front“ aufgerichtet worden, die nunmehr ihre Feuerprobe zu bestehen hat! Wir haben die Zuversicht, daß sie ihre Aufgabe erfüllen wird. Mögen unsere Gegner dagegen anstürmen. Sie werden sich an ihrer Festigkeit und Geschlossenheit die Schädel einrennen. Der Ausfall der Reichspräsidentenwahl muß der „Eisernen Front“ den Sieg, dem reaktionären Faschismus die verdiente Niederlage bringen! Mattutat.

Die Voraussetzungen unseres Sieges

Die besondere Art der durch die Verfassung im Artikel 41 bestimmten Volkswahl des Reichspräsidenten findet in sehr vielen Diskussionen eine vollkommen falsche Darstellung. Nicht in letzter Linie ist die richtige Erkenntnis der politischen Verhältnisse nur möglich, wenn auch die formalen Gesetze genau bekannt sind.

Der Artikel 41 der Reichsverfassung lautet:

„Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.

Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Das nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“

Was bestimmt nun das Reichsgesetz? Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist direkt und geheim. Der Wahltag wird durch den Reichstag bestimmt.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Hat keiner der Kandidaten diese sogenannte absolute Mehrheit erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hier gilt derjenige als gewählt, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat. Hieraus ergibt sich, daß weder eine Stichwahl noch engere Wahl etwas zwischen den zwei Kandidaten, die die meisten

Stimmen auf sich vereinigen, notwendig ist. Es ist auch nichts bestimmt über die im zweiten Wahlgang vorhandene Zahl von Kandidaten. Ebenso können im zweiten Wahlgang völlig neue Kandidaten auftreten, wie dies ja auch bei der Wahl im Jahre 1925 der Fall gewesen ist. Damals kandidierten im ersten Wahlgang Jarres, Braun, Marx, Hellpach und Thälmann. Keiner hatte die notwendige absolute Mehrheit erhalten. Da im zweiten Wahlgang derjenige gewählt ist, der die höchste Stimmenzahl erhält, ergab sich für die republikanischen Parteien der Zwang, eine gemeinsame Kandidatur aufzustellen. Der daraus entstandene Volksblock zwang die rechten Parteien einen noch zugkräftigeren Kandidaten, als es Jarres war, aufzustellen. Sie schlugen Hindenburg vor, der im ersten Wahlgang gar nicht kandidiert hatte. Er wurde gewählt mit 14,6 Millionen gegen 13,7 Millionen Stimmen, die für Marx und 1,9 Millionen Stimmen, die für Thälmann abgegeben worden waren.

Hieraus ergibt sich, daß Parteien, die aus inneren Gründen im ersten Wahlgang an einer eigenen Kandidatur festhalten, im zweiten Wahlgang doch gezwungen sind, sich zu einer Sammelkandidatur — rechts- oder linksradikal oder Mitte — zu entschließen. Dabei

liegt die Gefahr nahe, daß Kandidaten, die als Sammelkandidaten im zweiten Wahlgang in Frage kämen, verzichten, weil sie im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind und daher der Verfeindungsflut nicht von neuem ausgesetzt sein wollen. Daß dies für Thälmann nicht gilt, wird niemand bezweifeln.

Die fehlende Bestimmung einer wirklichen Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl ergibt praktisch auch für 1932, daß im zweiten Wahlgang sich wieder drei Kandidaten gegenüberstehen werden. War der Ausgang im Jahre 1925 zweifelhaft, so ist 1932 bei dieser

Konstellation das Ergebnis wohl kaum zweifelhaft. Die daraus zu ziehende Schlußfolgerung, die sich schon aus der Beachtung der formalen Gesetze ergibt, sollte zu der Einsicht zwingen, daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl nicht im zweiten Wahlgang, sondern im ersten Wahlgang entschieden wird. Es muß daher unsere Aufgabe sein, entweder am 13. März den Kandidaten der republikanischen Parteien, den Reichspräsidenten Hindenburg, die absolute Mehrheit zu verschaffen, oder aber ihm eine so entscheidende Stimmenzahl zu sichern, daß die Voraussetzungen für seinen Sieg und damit die Niederlage des Faschismus gewährleistet sind.

Wiener Wohnungsbau

Es sind nun mehr als 10 Jahre verflossen, seit die Gemeinde Wien den Kampf gegen das Wohnungselend der Großstadt begonnen und den Bau moderner, einwandfreier Klein- und Mittelwohnungen in großem Maßstabe unternommen hat. 10 Jahre Wohnbautätigkeit haben 10 Jahre Erfahrungen in der Wohnwirtschaft gebracht, und die Erscheinungen aufgezeigt, die den Erfolg des systematischen Wohnungsbaues bestimmen.

Zunächst einige Ziffern: Nach der Wohnzählung im Jahre 1917, die im Wiener Stadtgebiet insgesamt 554 545 Wohnungen ergab, wurden in Wien nicht weniger als 67 960 Kabinettwohnungen und 1 08 655 Wohnungen, die nur aus einem einzigen Zimmer bestanden, gezählt. Von diesen 78 825 Wohnungen hatten nur 37 426 eine Küche. Vorher gab es in Wien damals 196 631 Wohnungen, die nur aus Zimmer und Küche, und 130 535 Wohnungen, die nur aus Zimmer, Kammer und Küche bestanden.

Seit Beginn ihrer Wohnbautätigkeit hat die Wiener Gemeindeverwaltung bis zum heutigen Tage 51 326 Wohnungen gebaut. Im abgelaufenen Jahre wurden mehr als 6000 Wohnungen der Benutzung übergeben. Zur Zeit befinden sich auf 48 Baustellen weitere 179 Wohnungen im Bau; nach der Fertigstellung des Wiener Wohnbauprogramms, das noch den Bau von 6970 Wohnungen vorsieht, werden dahe in Wien von der Gemeindeverwaltung insgesamt 65 475 Wohnungen erbaut worden sein.

Vergleichen wir nun diese Zahlen mit der Lage auf dem Wiener Wohnungsmarkte. Im Jahre 1931 hat die Wiener Wohnhäuserverwaltung der Stadt Wien bis zum 1. November 1610 Parteien mit 22 773 Personen mit Wohnungen versorgt. Während aber der Wohnhäuserverwaltung monatlich rund 500 Wohnungen der verschiedenen Größen in städtischen Neubauten zur Verfügung stehen, wurden in den ersten 11 Monaten des Jahres 1931 monatlich durchschnittlich 820 neue Wohnungsbewerber vorgemerkt.

Die Nachfrage nach Wohnungen ist also immer noch enorm und übersteigt das Maß der Wohnungen, die durch den Wohnungsbau der Gemeinde Wien ständig monatlich neu zur Verfügung stehen. Es drängt sich nun die Frage auf, warum in Wien trotz des großen und ständigen Wohnungszuwachses durch Neubauten und trotz des Bevölkerungsrückganges von mehr als zwei Millionen vor dem Kriege auf 1,8 Millionen Einwohner in der Gegenwart noch immer eine so große Nachfrage nach Wohnungen besteht.

Die Beantwortung dieser Frage finden wir in der Bevölkerungsbewegung und in der Aufklärung der breitesten Massen über die Bedeutung der gesunden und ausreichenden Wohnung für die Familie; wir finden sie in den durchschnittlichen Zahlen der Wohnungsdichte und der Wohnkultur, deren erhebliche Besserung die Hebung des Niveaus der Wohnverhältnisse erweist.

So ist die Kopffzahl pro Haushalt und Wohnung durch den Geburtenrückgang, die Kriegsverluste und den Wohnungszuwachs von 4,25 auf 3,2 zurückgegangen. Ein Verminderung der Haushalte ist trotz des Bevölkerungsrückganges nicht eingetreten; der Wohnungszuwachs wurde zum größten Teil durch die gesteigerte Zahl der Haushaltgründungen wettgemacht. Während in der Vorkriegszeit

die Mehrheit der Männer im Alter von 28 bis 30 Jahren heiratete und einen Haushalt gründete, setzte, wohl auch durch die Beseitigung der Wehrpflicht, nach dem Kriege die Haushaltgründung bei den Männern schon mit dem 22. Lebensjahre ein. Dadurch hat sich die Zahl der Haushalte schätzungsweise um 40 000 bis 50 000 erhöht. Ein Beispiel: In den Jahren 1914 bis 1918 haben 77 189 Ehepaare einen Haushalt gegründet, in den Jahren 1919 bis 1923 aber nicht weniger als 132 795; ergab also der Jahresdurchschnitt von 1914 bis 1918 rund 15 400 Haushaltgründungen pro Jahr, so stieg der Jahresdurchschnitt der Jahre 1919 bis 1923 hingegen auf 26 500 Haushaltgründungen pro Jahr. Daraus ergibt sich, daß von 1919 bis 1923 insgesamt 55 666 Haushalte mehr gegründet worden sind, als in den Jahren 1914 bis 1918.

Es muß weiter beachtet werden, daß der Wiener Wohnungsmarkt nicht nur die im Wiener Gemeindegebiet auftretenden Wohnungsbedürfnisse zu befriedigen hat, sondern daß er auch von Wohnungsuchenden aus allen Gemeinden der Umgebung stark in Anspruch genommen wird. Außerhalb Wiens ist nur sehr wenig gebaut worden.

Eine der weiteren Ursachen der starken Nachfrage nach Wohnungen ist auch in der Spannung zwischen Hauptmietzinsen und Untermietzinsen zu finden. Die Mietpreise für Wohnungen in Untermiete sind verhältnismäßig sehr hoch; die Spannung ist so groß, daß die Masse derer, die keine eigene Wohnung haben, sondern in Untermiete wohnen, aus wirtschaftlichen Gründen eine selbständige Wohnung anstreben.

Trotzdem ist es gewiß kein unzulässiger Optimismus, wenn man behauptet, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der die Wohnungsnot in Wien überwunden sein wird. Zweifellos ist durch die systematische Durchführung des Wohnbauprogramms der Gemeinde Wien eine gewaltige Verbesserung der Wiener Wohnverhältnisse eingetreten; schätzungsweise Berechnungen ergeben, daß der Wohnungsdurchschnitt heute pro Wohnraum nur mehr 1,7 Personen beträgt.

Bekanntlich ist der Geburtenrückgang seit 1913 ein enormer, nicht nur in Wien. Vorläufig fällt die Wirkung dieses auf verschiedene Gründe zurückführbaren Geburtenrückganges am schärfsten in den Wiener Schulen auf. So hat die Schülerzahl in den Wiener Volksschulen, die im Schuljahr 1913/14 noch 237 737 betrug, im Schuljahr 1926/27 nur 115 531 betragen. Das ist ein Rückgang um 122 206 Kinder.

Auf dem Wiener Wohnungsmarkt wird sich dieser Geburtenrückgang in einer stark sinkenden Zahl der Haushaltgründungen auswirken. Derzeit tritt er nur durch einen Rückgang der Wohndichte teilweise in Erscheinung. Nach einer Berechnung Dr. Heckles wird die Zahl der Eheschließungen, die gegenwärtig noch immer rund 17 000 jährlich beträgt, im Jahre 1935 bereits auf 14 000 jährliche Eheschließungen zurückgegangen sein und dann bis zum Jahre 1942 auf 6000 Eheschließungen jährlich sinken. Mit den dann frei werdenden Wohnräumen wird auch eine entsprechende Anzahl von Wohnungen leer stehen. Dann erst wird der Beweis erbracht worden sein, daß die Wiener Gemeindeverwaltung mit ihrer Wohnungspolitik, der systematischen Er-

bauung zureichender und hygienisch einwandfreier Klein- und Mittelwohnungen den richtigen Weg gegangen ist.

A. Wagner.

Die Deserteure

In der letzten Reichstagsitzung hat Dr. Goebbels, Hitlers Propaganda-Chef, die Frechheit gehabt, die Sozialdemokratie als die Partei der Deserteure zu beschimpfen. Im Reichstag wurde Goebbels durch die vom Reichstagsabgeordneten Lemmer für alle bürgerlichen Kriegsteilnehmer zugunsten der SPD. abgegebene Erklärung bereits eine entsprechende Antwort erteilt. Die volle Schamlosigkeit seiner ungeheuerlichen Behauptung wird jedoch erst klar, wenn man sich einmal an Hand von entsprechendem Zahlenmaterial die Blutopfer vor Augen führt, die gerade die Arbeiterschaft Deutschlands im Weltkrieg gebracht hat. Die Sozialdemokratische Partei selbst verfügt zwar nicht über eine genaue Statistik der Zahl ihrer Mitglieder, die am Weltkrieg teilgenommen haben, und der Opfer, die aus ihren Reihen gebracht worden sind. Dafür haben jedoch die zentralen Verbände der freien Gewerkschaften eine Kriegs-Statistik geführt, die abschließend in der statistischen Beilage des Korrespondenzblattes vom 10. Juli 1920 veröffentlicht wurde.

Aus dieser Statistik ersieht man, daß von den 2 289 454 männlichen Mitgliedern, die die freien Gewerkschaften bei Kriegsbeginn zählten, 1 412 837 im Laufe des Krieges zum Kriegsdienst einrückten, das heißt, daß zwei Drittel aller Mitglieder der an sich selbstverständlichen Pflicht der Landesverteidigung genügten. Bei einzelnen Berufsgruppen ist dieser Prozentsatz noch weitgehend überschritten worden.

Von den organisierten Gärtnern waren 91,5 %, von den Bäckern und Konditoren 87,9 %, von den Friseurgehilfen 87,7 %, von den Glasern 79,3 %, von den Steinarbeitern 82,4 % im Heeresdienst. Von unserem Verband waren rund 43 163 Kameraden zum Kriegsdienst eingezogen. Das waren rund 70 % aller organisierten Zimmerer. Von diesen Kameraden sind 3520 gefallen oder ihren schweren Kriegsverletzungen erlegen.

In den Kriegsberichten von Hunderten von Zweigvereinen der einzelnen Organisationen heißt es, daß in ihnen zur Zeit keine Tätigkeit ausgeübt wird, da alle Mitglieder eingezogen sind. So waren bei den Zimmerern zeitweilig fast ein Fünftel aller Zahlstellen stillgelegt, weil alle Mitglieder zum Heeresdienst einberufen waren.

Trotz dieser hohen Prozentziffern von Kriegsteilnehmern aus den Reihen der Gewerkschaftsorganisationen weist der abschließende Bericht noch ausdrücklich darauf hin, daß die Zahl der Eingezogenen zu gering angegeben sein dürfte, da viele Mitglieder, besonders ledige oder neu Eingetretene, es unterlassen haben, bei der Einberufung zum Heeresdienst sich bei ihrem Verband abzumelden.

Entsprechend der großen Zahl von Kriegsteilnehmern aus den Reihen der freien Gewerkschaften sind auch die Blutopfer, die von den hier organisierten Arbeitern gebracht wurden. Dabei ist zu bemerken, daß die Statistik bereits mit dem 30. September 1918, also mehr als 5 Wochen vor dem Abschluß des Waffenstillstandes, endet. Die Opfer aus diesen letzten Wochen, in denen besonders an der Westfront Deutschlands Truppen noch schwere Verluste erlitten, sind also nicht mehr erfaßt. Ebenso sind nicht erfaßt die Tausende von Opfern, die in den Lazaretten nach diesem Tage ihren Verwundungen erlagen.

Von den 1 412 837 Kriegsteilnehmern der freien Gewerkschaften kehrten 129 585 nicht mehr in die Heimat zurück. Sie waren im Kriege gefallen beziehungsweise an Verwundungen und Krankheiten in den Lazaretten gestorben.

Da mit dem 30. September 1918 die Todeszahlen noch nicht abgeschlossen waren, wird man annehmen können, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegsoffer geblieben ist. Nicht mitgezählt worden sind die Mit-

glieder, die hochprozentig kriegsbeschädigt in die Heimat zurückkehrten, die als Krüppel oder dauerndem Siechtum verfallen, zu den bedauernswertesten Opfern des Krieges zu rechnen sind.

Aus dieser Statistik der freien Gewerkschaften ergibt sich aber auch, daß die sozialistische organisierten Arbeiter nicht nur ihre Pflicht getan haben, sondern sie beweist sogar, daß einzelne Berufsgruppen prozentual weit über den Durchschnitt der Gesamtkriegsopfer Deutschlands Verluste erlitten haben, obwohl diese Statistik zeitlich und materiell nicht umfassend ist. So wurden von den eingerückten Mitgliedern bei den Asphaltateuren fast jeder fünfte, bei den Buchdruckern, Kupferschmiedern, Kürschnern, Porzellanarbeitern, Steinsetzern fast jeder sechste, bei den Bergarbeitern, Glasarbeitern, Hutmachern jeder siebente ein Opfer des Krieges.

Der „Held“ vom Bürgerbräu

Der Störenfried, der mit daran schuld ist, daß das arbeitende Volk Deutschlands sich seinen Staat nicht in aller Ruhe und Konsequenz aufbauen kann, hat seinen Aufstieg einer Reihe von Glückszuständen zu verdanken. Hitlers größtes Glück war wohl, daß der im November 1923 in München angezettelte Aufstand nicht gelang. Wäre Hitler seinerzeit zur Macht gekommen, wäre er längst zu einer geschichtlichen Operettenfigur herabgesunken. Der in jener Zeit maßgebende Staatsmann Deutschlands, Gustav Stresemann, hat Aufzeichnungen aus seiner Regierungszeit hinterlassen, die jetzt von der „Vossischen Zeitung“ abgedruckt werden. Von den Zuständen Ende 1923 erzählt Stresemann ausführlich. Die Dinge von damals werden uns dadurch wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. An jenem denkwürdigen Abend am 8. November erklärte Hitler vor dem Bürgerbräu Versammelten, nachdem er sich durch einen Revolverschuß in die Decke Ruhe verschafft hatte: „Heute vor fünf Jahren hat die größte Schandtat begonnen, die unser Volk ins Elend stürzte. Heute muß der Tag sein, da sich die Geschichte wenden wird.“ Dann schlug er die Absetzung der bayrischen Regierung vor und forderte eine neue mit diktatorischen Vollmachten. Außerdem sollte eine nationale Reichsregierung gebildet werden, die in München ihren Sitz haben sollte. „Ich schlage vor, daß bis zur Niederwerfung der Verträge die Leitung der Politik dieser provisorischen nationalen Regierung ich übernehme. Excellenz Ludendorff übernimmt die Leitung der deutschnationalen Armee. Die Aufgabe der provisorischen deutschen Regierung ist, die ganze Kraft für das Land und für das Reich einzusetzen und den Marsch anzutreten gegen das Sündenbabel Berlin. Der morgige Tag findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot. Es gibt nur eins von beiden.“

So sprach der Held im Bürgerbräu. Am andern Tag sollte zu dem großen Schlag ausgeholt werden. Der bekannte Aufmarsch der Hitlerleute fand statt, über den Stresemann in der Kabinettsitzung unter andern folgendes berichtete: „Die bayrische Regierung teilt mit, daß die Landespolizei an der Feldherrnhalle die Aufrührer zersprengt hat und daß sie wieder vollständig Herr der Lage ist. General Ludendorff ist festgenommen, während Hitler sich durch Flucht im Automobil der Verhaftung entzogen hat.“ Am Abend vorher hatte der mutige Held erklärt, daß der 9. November 1923 entweder eine nationale Regierung vorfinde oder die Macher des Putsches tot seien. Als es an der Zeit war, zu sterben, sauste der Herr im bereit gehaltenen Automobil davon. So sah der Mut aus, den dieser „treudeutsche“ Mann sich selbst angedichtet hatte. Später ist er bekanntlich aufgegriffen worden und zu einer Festungshaft verurteilt, die er aber nur zum Teil abzusitzen brauchte. Daß dieser Putsch mißlang und Hitler nunmehr Zeit hatte, sich auf eine andere Taktik umzustellen, das war das große Glück im Leben dieses Mannes. Andere Ereignisse, wie die Friedensverträge, die Reparationsforderungen und vor allem die große Wirtschaftskrise mußten hinzukommen, um jenen Helden von 1923 die Plattform

zu geben, eine große Bewegung ankurbeln zu können. Sie bei den nächsten Wahlen empfindlich aufs Haupt zu schlagen, ist Aufgabe jedes einsichtigen deutschen Volksgenossen.

Die Schuld wäizt man auf andere ab

Das größte deutsche Industrieunternehmen, die Vereinigte Stahlwerke-A.G., legt seinen Geschäftsbericht vor. Es spiegelt sich darin der Niedergang der deutschen Produktionswirtschaft sehr deutlich wieder. Die Rohstahlgewinnung ging im letzten Geschäftsjahr, das am 30. September 1931 endete, um 33 v. H., die Roheisenzeugung um 38 v. H., die Kokserzeugung um 40 v. H. und die Steinkohlenförderung um 29 v. H. zurück. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten sank um rund 40 000, von 151 000 auf 111 000. In den besten Beschäftigungsjahren beschäftigten die Vereinigten Stahlwerke 220 000 Personen. Die Belegschaft hat sich aber um die Hälfte vermindert. Daneben werden noch umfangreiche Feierschichten eingelegt, so daß die Belegschaft beispielsweise im Bergbau anstatt 300 nur 249 Tage im Jahre arbeitet. Wenn man daneben hält, daß auch der Gesamtdurchschnittserlös für Rohprodukte, Halbzeug und Fertigprodukte wesentlich gesunken ist, so ist es in der Tat ein schweres Jahr über das berichtet werden mußte. Es ist nun interessant, wie die Schwerindustrie die Schuld auf andere schiebt. Im allgemeinen Bericht wird unter anderem folgendes ausgeführt: „Eine Untersuchung der besonderen Gründe der deutschen Krise, losgelöst von der Sonderbelastung durch die Tribute und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, führt zu folgendem Ergebnis: Die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft sind durch die Bindung auf der Lohn- und Gehaltsseite und die immer zunehmende Belastung durch die Steuern und Sozialpolitik dauernd gestiegen.“ — Diese reaktionäre Einstellung zieht sich durch den ganzen Bericht. Es wird ferner eine Umstellung unserer Wirtschaftspolitik auf dem Inlandsmarkt gefordert. Erste und wichtigste Aufgabe würde die Wiederaufrichtung des Binnenmarktes sein. Was man damit meint, ist nicht sehr klar ausgedrückt. Wahrscheinlich meint man Erhöhung der Schutzzölle und ähnliche Maßnahmen. Des ferneren wird eine Wiederherstellung der Produktivität der deutschen Gütererzeugung in Landwirtschaft und Industrie gefordert. Unter Produktivität versteht man Herabsetzung der Gestehungskosten, also der Löhne und Sozialabgaben und die Erhöhung der Erlöse. Es ist gar nicht zu verkennen, daß die Schwerindustrie unter der Krise leidet. Dies trifft aber nicht minder auf die verarbeitende Industrie zu, und nicht zuletzt auf die Lohn- und Gehaltsempfänger, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf Hungerrationen gesetzt werden. Betriebe, wie die Vereinigten Stahlwerke, sind überkapitalisiert. Ein großer Kapitalschnitt wird nicht zu umgehen sein. Mit der Einziehung von 25 Millionen Aktien ist es nicht getan. Die Schwerindustrie würde sich mehr Sympathien erwerben, wenn sie ihre reaktionäre Grundeinstellung nicht immer wieder betonte. Die Löhne der Arbeiter der Schwerindustrie sind die niedrigsten in ganz Deutschland. Dabei müssen sie die schwerste Arbeit leisten.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen

Zentralvorstand

Warnung vor Schwindler!

Dem Kameraden Fritz Jaschke aus Gleiwitz ist sein Mitgliedsbuch Nr. 100 371 in Breslau gestohlen worden, vermutlich durch den Zimmerer Ludwig Schedel aus Berghausen. Wir warnen die Zahlstellenkassierer, irgendeine Unterstützung auf das Buch auszuführen, sondern wenn es vorgezeigt wird, abzunehmen und unter Angabe der Personalien des Vorzeigers an uns einzusenden.

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Dresden Hans Geerhardt (Verbandsnummer 62 067), in Kassel Edwin Schadt (35 010) und in Regensburg Josef Brecht (472 946) aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Lohnstreit in Memel. Der Zimmererverband des Memelgebiets teilt uns mit, daß sich die Kameraden in Lohnkämpfen befinden. Aus diesen Gründen muß vor Zuzug gewarnt werden.

Zahlstellenberichte

Arys. (Jahresbericht.) Am 24. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende berichtete über das verflossene Geschäftsjahr. Die meisten Kameraden waren bis in den Sommer erwerbslos, so daß viele von den jüngeren Kameraden nicht mehr als acht Wochen beschäftigt waren. Ebenfalls berichtete er eingehend über die Lohnbewegungen. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Finanzlage der Lokalkasse als sehr ungünstig bezeichnet werden muß. Die Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Nach reger Aussprache wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Aschaffenburg. (Jahresbericht.) In der am 14. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde das Andenken des verstorbenen Verbandsausschussvorsitzenden, Kamerad Kube, in der üblichen Weise geehrt. Sodann erstattete Kamerad Keil einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde im April der Reichstarif abgeschlossen. Darauf folgten am 11. Juli die Bezirkslohnverhandlungen. Die Arbeitgeber forderten 30 % Lohnabbau, was aber durch energischen Einsatz der Gauleitung verhindert werden konnte. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt mit 14 % an der Spitze und von 8 % für den Mainkanal. Da der Reichsarbeitsminister den Bezirkstarifvertrag nicht für verbindlich erklärte, kündigten die Arbeitgeber denselben. Es fanden im Oktober erneut Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber stellten die Forderung, die Löhne aufzuheben und vom 1. November den Lohn vom 1. August 1914 einzusetzen. Das wäre ein Abbau von 33 % und ein Lohn für Aschaffenburg von 70 % gewesen. Diese Forderung konnte erfolgreich abgewehrt werden. Insgesamt fanden im Zahlstellengebiet 20 Versammlungen statt. Tarifklagen waren 5 zu erledigen für zusammen 37 Kameraden mit einer Klagesumme von 946,15 M. Auf gutlichem Wege wurden für 2 Kameraden 34,20 M. herausgeholt. Die Wiedereinstellung von 3 Kameraden und 1 Lehrling konnte erfolgreich durchgeführt werden. Bei den Versicherungsämtern wurden 2 Klagen vertreten. In der Arbeitslosenversicherung wurden für 7 Kameraden 1751 M. ausgeklagt und ohne Spruch 210 M. Die Zahlstelle besteht aus 33 Unterzahlstellen und 8 Nebenzahlstellen. Das Jahr 1932 bedeutet ein wirtschaftliches, politisches sowie gewerkschaftliches Kampfsjahr. Wir werden auch über diese Zeit hinwegkommen. Wenn jeder Kamerad seinen Mann stellt, dann kann der Faschismus nicht zur Macht kommen. Alles für die Organisation, das muß unsere Losung sein. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Kamerad Arnheiter dankte im Namen der Versammlung dem Vorstand für seine Tätigkeit, besonders dem Kameraden Keil für seine Aufopferung für die Zahlstelle. Gauleiter, Kamerad Ebert, führte den Kameraden die Lohnpolitik sowie die politische Lage vor Augen. Wir müssen alles aufbieten gegen den Faschismus. Hinein in die „Eiserne Front“,

das muß unsere Parole sein. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte den Kameraden für das Vertrauen und forderte auf, auch im Jahre 1932 mit der Zahlstellenleitung zusammen zu arbeiten zum Wohle der gesamten Mitgliedschaft. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Bad Tölz. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung, die am 9. Januar stattfand, war auch Gauleiter Kamerad Schönamsgruber anwesend. Der Jahres- sowie der Kassenbericht wurde gutgeheißen. Kamerad Schönamsgruber referierte über die allgemeine Wirtschaftslage. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Ein Antrag des Vorstandes wegen Stärkung der Lokalkasse die Freimarken mit 5 % zu bewerten, wurde einstimmig angenommen. Der Gauleiter berichtete eingehend über die Lohnverhandlungen, weiter ermahnte er die Kameraden, auch in diesem Jahre für den Verband eifrig tätig zu sein und die Interessen der Zahlstelle zu wahren. Die Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und ersuchte um tatkräftige Unterstützung.

Biberach-Riß. (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung fand am 24. Januar in Anwesenheit des Gauleiters Kamerad Rempt statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und kennzeichnete das vergangene Jahr als ein außerordentlich schlechtes in bezug auf Bautätigkeit. Es wurden 6 Versammlungen abgehalten. Auch gab es eine Reihe von Aufgaben, die der Vorstand zu erledigen hatte. Der Kassenbericht wurde einstimmig gutgeheißen. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt. Auf Anregung des Vorsitzenden mit Unterstützung des Kameraden Rempt wurde beschlossen, einen kleinen Notbeitrag zu den Freimarken zu erheben.

Bremen. Am 7. Februar tagte unsere Zahlstellenversammlung. Kamerad Caspar erstattete den Jahresbericht und erwähnte besonders die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse im Berichtsjahr. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Der Kassierer erläuterte einige Anfragen. Die Berichte gaben die Zeitverhältnisse am besten wieder, trotzdem aber zeige der Mitgliederbestand, die Stabilität der Organisation. Der 50jährige Auf- und Ausbau unserer Organisation veranlaßte den Kameraden Caspar in seinem Schlußwort einen Vergleich auf die soziale Lage der Arbeiterschaft der damaligen mit der heutigen Zeit zu ziehen. Die Krise wird an keiner Organisation spurlos vorübergehen, die geschlossene Arbeiterschaft wird in ihrer Einigkeit auch dieses überwinden. Auf Antrag wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Der alte Vorstand einschließlich einer notwendig gewordenen Ergänzungswahl wurde gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Mit dem Gelöbnis: das Jahr der Entscheidung findet die Zimmerer Bremens einig und geschlossen in der „Eisernen Front“ schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dortmund. (Jahresbericht.) In der Zahlstellenversammlung am 31. Januar wurde das Ableben der im Berichtsjahr verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Wirtschaftskrise bedeutend verstärkt in Erscheinung trat und rund 95 % unserer Kameraden am Jahreschluß arbeitslos waren. Termine vor den Gerichten wurden wahrgenommen, desgleichen Anträge in großem Umfang für die Kameraden angefertigt. Der Kassenbericht lag den Delegierten schriftlich vor. Durch die Einführung der 10-%-Marke konnte erzielt werden, daß ein Teil der Ausgaben gedeckt werden konnte. Beanstandungen erfolgten nicht, so daß einstimmig Entlastung des Vorstandes erfolgte. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Eine Entschließung wurde angenommen, in der gefordert wird, die Gleichstellung der Bauarbeiter in der Alu und die Bereitstellung von Mitteln zur Belebung des Baumarktes.

Floß-Plößberg. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung vom 17. Januar war als Vertreter der Gau-

leitung Kamerad Sauter, Nürnberg, erschienen. Er referierte über die allgemeine Wirtschaftslage und über die Eiserne Front. Seine Ausführungen waren von großer Sachkenntnis getragen, was allgemein Anerkennung fand. Der Jahres- und der Kassenbericht wurden debattelos entgegengenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden einige Änderungen vorgenommen gegenüber der bisherigen Zusammensetzung. Der Vorsitzende Röckl appellierte an die Kameraden, auch im neuen Jahr bei jeder Gelegenheit die Interessen des Verbandes zu wahren.

Forst i. d. L. (Jahresbericht.) Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden, den er in sehr ausführlicher Weise in unserer letzten Generalversammlung erstattete, spiegeln sich die Auswirkungen des Jahres 1931 am besten wieder. Die Arbeitslosigkeit war das Jahr hindurch sehr groß. In insgesamt 15 Versammlungen und 3 Vorstandssitzungen erledigte der Vorstand die laufenden Zahlstellenangelegenheiten. Auch mußte eine Klage beim Arbeitsgericht geführt werden sowie eine Reihe von mündlichen Verhandlungen mit den örtlichen Unternehmern. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß die Kassenverhältnisse am Orte trotz der schlechten Zeit noch als günstig anzusehen sind. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Die Vorstandswahl konnte ebenfalls ohne größere Änderungen schnell erledigt werden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, das 30jährige Stiftungsfest der Zahlstelle trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse in würdiger Form zu feiern.

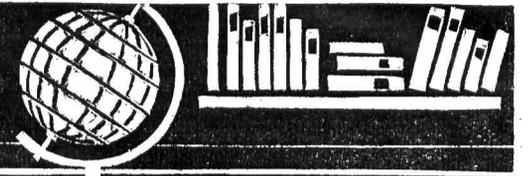
Friedland i. Ostpr. In unserer Generalversammlung berichtete der Vorsitzende ausführlich über die Wirtschaftslage im Zahlstellengebiet während des Jahres 1931. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde die von den Revisoren beantragte Entlastung des Kassierers einstimmig erteilt. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Kassierers. Dem ausscheidenden Kassierer wurde durch den Vorsitzenden für seine langjährige Tätigkeit der besondere Dank ausgesprochen. Nach Verlesen einiger Rundschreiben fand die Versammlung ihren Abschluß.

Kremmen. Der Vorsitzende berichtete in unserer Generalversammlung über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells und anschließend über die wichtigsten Ereignisse im Jahre 1931. In 2 von den insgesamt 8 abgehaltenen Versammlungen waren Vertreter des Gauvorstandes anwesend. Trotz der schlechten Arbeitsmöglichkeiten mußte in 2 Fällen das Arbeitsgericht angerufen werden. Die Klagen hatten den Erfolg, daß durch die Urteile den Kameraden 258,15 M. zugesprochen wurden. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Der neu gewählte Jugendleiter wies besonders auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit hin und forderte die Kameraden zur regen Mitarbeit auf. Vom Vorsitzenden wurden die Kameraden ermahnt, sich der „Eisernen Front“ anzuschließen und den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln zu unterstützen.

Tostedt. (Jahresbericht.) Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete über die Verhältnisse im Zahlstellengebiet und die Auswirkungen des Krisenjahres 1931. Trotz der Arbeitslosigkeit haben alle Kameraden dem Verband die Treue bewahrt und sich sehr rege am Verbandsleben beteiligt. An mehreren Versammlungen wurden durch Vertreter der Gauleitung Vorträge gehalten. Dem Kassierer wurde nach Erstattung seines Tätigkeitsberichts einstimmig Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde in seiner Zusammensetzung wiedergewählt. Mit einem Appell des Vorsitzenden, auch im kommenden Jahr sich für die Interessen des Verbandes und der gesamten Arbeiterbewegung einzusetzen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 86.)

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Abschied!

In dem Marktflücken Liebengrün, das an der Hauptchaussee zwischen den Zahlstellen Ziegenrück und Lobenstein liegt, bin ich geboren. Die Gegend ist sehr arm und das Erdreich sehr steinig, so daß der Ernteertrag immer sehr spärlich ausfiel. Unser alter Lehrer Geitner bezeichnete im Unterricht unsere Heimatgegend als die ärmste im ganzen Deutschen Reich. Heute ist es auch anders; denn durch den neben Stalldünger angewendeten künstlichen Dünger, wird hohes Getreide und guter Korn-ertrag auf dem steinigem Boden erzeugt. In meinen Kinderjahren ist das nicht vorgekommen.

Meine Schulzeit begann Ostern 1869; sie dauerte bis Ostern 1878. Diese Zeit war die angenehmste meines Lebens. In die Schule ging ich gern. Sie bestand nur aus einem großen Raum, der die Jüngsten oder — wie man sagte — die „Kleinen“ und die „Großen“ aufnahm. Durch Aufmerksamkeit und Fleiß war ich die letzten beiden Schuljahre „Erster“. Der Lehrer Geitner, ein sehr tüchtiger Mann, gab sich mit seinen Schülern große Mühe, auch paukte er uns Deklamationen ein, die zur Verschönerung der damals abgehaltenen Sedanfeiern beitrugen. Wir wurden fromm erzogen, und daher mußten die Schulkinder jeden Sonntag zweimal in die Kirche gehen, ja, im Nachmittagsgottesdienst mußten zwei Schüler aus dem Katechismus, vor dem Altar stehend, in Frage und Antwort die Predigt des Herrn Pfarrer ersetzen. Auch ich wurde des öfteren mit dazu verwendet. Für die große Mühe, die sich mein alter hochverehrter Lehrer Geitner beim Unterricht gab, bin ich ihm noch heute zu ganz besonderem Dank verpflichtet.

Wie ich zu dem Lehrer stand, soll kurz aus folgendem hervorgehen: Im Jahre 1889, ein Jahr nach meiner Verheiratung, machten wir einen Besuch nach der lieben Heimat. Eines Tages wurde ich von dem Lehrer durch einen Schüler gebeten, ihn auf kurze Zeit zu besuchen. Bei einer Tasse Kaffee wurde an mich die Frage gestellt: „Hermann, wie ich gehört habe, bist Du Sozialdemokrat?“ „Ja!“ war meine Antwort. Nun sollte ich ihm erklären, wie ich zu diesem Entschluß gekommen sei, denn er sei doch schuldlos. „Ganz schuldlos sind Sie nicht, hätten Sie mich nicht Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie, Naturkunde, Religion und Denken gelehrt, wäre ich nie Sozialdemokrat geworden“, gab ich kurz zurück. Darauf strich Lehrer Geitner die Segel und brach das Gespräch ab.

Als ich die Schule verlassen hatte, lernte ich, wie Großvater und Vater, Zimmermann. Nach beendeter Lehrzeit ging ich in die Fremde. Ach, an diesen Abschied denke ich noch heute. Fort vom Elternhaus!

Das Schicksal trieb mich in die damalige Residenzstadt Greiz. 1884 arbeitete ich in dem großen Baugeschäft Golle & Kruschwitz, wo auch Tischler beschäftigt wurden. Eines Tages verteilte der Tischler Salzmann die Zeitschrift „Die Zimmerkunst“ nebst einer Einladung zu einer Zimmererversammlung. In dieser wurde der Lokalverband (Zahlstelle) gegründet, und alle Erschienenen traten als Mitglieder dem ein Jahr zuvor in Berlin gegründeten Zimmererverband bei. Doch nach vier Wochen wurde der Lokalverband auf Grund des damaligen Vereinsgesetzes des Reußenlandes aufgelöst.

Im Herbst 1884 verließ ich Greiz, und bei meinem Abschied gedenke ich noch heute der Worte des älteren Kameraden Heinrich Wetzol aus Ebersdorf: „Hermann, Du bist noch jung, bleibe Du Mitglied des Verbandes, für uns älteren wird es ja noch nicht erlaubt.“

Im Jahre 1885 reiste ich in Berlin zu. Als ich nach kurzer Zeit Arbeit fand,

zahlte ich meine Verbandsbeiträge nach und blieb Mitglied der Organisation. In einer Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende Berlins, Julius Darge, einen Vortrag über eine Agitationsreise in Thüringen. Dabei schnitten die Thüringer nicht gut ab. Dies gefiel mir nicht ganz, ich meldete mich zum Wort und erläuterte meine Erlebnisse in der kurzen Zeit unter den Berliner Zimmerern. Von da an war es um mich geschehen.

Während des Streiks 1889 befand ich mich immer in der Nähe der Beauftragten Jäckel, Stehr und Leonhardt, weil ich durch die Befürwortung eines mir lieb gewordenen Kameraden Paul Schönfisch zu den schriftlichen Arbeiten verwendet wurde. Von nun an stand ich immer mehr und mehr in dem Vordergrund der Berliner Zimmererbewegung. Erst wurde ich Kassierer der Zahlstelle, später Vorsitzender; als 1898 auf Beschluß der Mitglieder das Büro der Zahlstelle Berlin eröffnet wurde, wurde mein vor kurzem verstorbener Freund Hermann Kube und ich mit der Leitung des Büros betraut. Zwischendurch hatte ich im Auftrage des Zentralvorstandes größere Agitationstouren in ganz Deutschland auszuführen und lernte nun die Verhältnisse unserer Kameraden in Ostpreußen, Schlesien, Sachsen, Bayern und dem übrigen Süddeutschland kennen. Als 1903 durch die Ausdehnung des Verbandes die Einrichtung der Gauleitung notwendig wurde, traf mich das Los, für die Provinz Brandenburg als Gauleiter tätig zu sein.

In dieser Tätigkeit für den engeren Gaubezirk sowie für den Gesamtverband fühlte ich mich wohl, und selbst bei Meinungsverschiedenheiten konnte ich mit ruhigem Gewissen den — heute kann man es aussprechen — stets richtigen Verbandsstandpunkt vertreten. Gern und freudig habe ich die mir übertragenen Arbeiten ausgeführt, wenn auch selbst das Familienleben darunter leiden mußte. Meine Ehehälfte hatte aber dafür und noch darüber hinaus Verständnis und unterstützte mich oft mit Ratschlägen bei schwierigen Situationen.

So vergingen die Jahre und das Alter drückte, so daß nichts anderes übrig blieb, das Werkzeug jüngerer Kräften auszuhändigen. Der Abschied war nicht leicht, schwere Stunden habe ich überwunden. Jetzt weiß ich auch, warum ich mich immer schwer von der Heimat trennen konnte und vom Waldesrand aus ins Dorf zurückblickte; denn dort lag das Elternhaus, die Kinderzeit, die Jugend und noch mehr.

So nehme ich nun Abschied von der mir lieb gewordenen Tätigkeit und von all den Kameraden, die wir uns in ersten und heiteren Stunden kennenlernen — aber nicht vom Verband.

Hermann Knüpfer.

Der „Zuchtwart“ und die deutschen Mädchen

Die Rassetheoretiker der Nationalsozialisten sind eifrig bemüht, diese ernste Zeit mit etwas Humor auszufüllen. Beim Studium der zu dieser Frage hervorgerufenen Literatur erhält man ein Bild davon, wie es ungefähr im Dritten Reich aussehen soll. Ein neues Werk „Neuadel aus Blut und Boden“ ist im völkischen Lehmann-Verlag, München, erschienen. Der Verfasser, Walther Darré, übrigens ein geborener Argentinier (die Führer der Völkischen scheinen sich zum größten Teil aus Ausländern zusammenzusetzen), unterscheidet minderwertige und hochwertige Menschen. Bezüglich der Minderwertigen prägt er folgenden Satz: „Ein Volk von der hochwertigen Begabungsveranlagung hat den Wahnsinn, die Gesunden für die Minderwertigen arbeiten zu lassen und durch eine ausgiebige, angeblich soziale Gesetzgebung auch dafür Sorge zu tragen, daß dem Untermenschentum die weite-

sten Lebensmöglichkeiten offenstehen, während dem hilfsbedürftigen Wertvollen die Hilfe versagt wird.“ Dieser Satz zeigt, wie diese Herren die Arbeiter und die soziale Gesetzgebung einschätzen. Aber das ist nicht das Wesentliche. Der Herr will einen neuen Adel schaffen. Deshalb schlägt er vor, sogenannte Hegehöfe einzurichten, die mindestens die Größe einer mittleren Gutswirtschaft haben sollen und an bodenverwurzelte Bauern- und Gutsbesitzergeschlechter vergeben werden sollen. Die Besitzer solcher Hegehöfe sollen den Titel Edelman erhalten. Man würde also sagen können: „Adolf Wenck, Edelman auf Hegehof Eickelberg“ usw. Die Suche nach der Edelfrau macht ihm einige Schwierigkeiten. Doch löst er auch dieses Problem. Alle deutschen Mädchen werden in vier Klassen geteilt. In der ersten Klasse befinden sich diejenigen, „deren Verhehlung in jeder Beziehung wünschenswert erscheint“. Diese Gruppe umfaßt leider nur etwa 10%. In der zweiten Klasse werden diejenigen Mädchen zusammengefaßt, deren Nachkommenschaft keinerlei grundsätzliche Bedenken entgegenstehen. Die dritte Gruppe der Mädchen darf zwar heiraten, aber ihr „erbwertlicher Zustand“ ist nicht danach, daß sie Nachkommen hinterlassen, weshalb sie sterilisiert werden sollen. Die vierte Klasse der Mädchen umfaßt die letzte Stufe der „Minderwertigen“ einschließlich aller unehelichen Kinder. Diese vierte Gruppe der Mädchen soll sich weder verhehlen noch Nachkommen zeugen dürfen. Der Hegehof-Edelman darf sich nur Mädchen aus der ersten Klasse wählen und bedingt auch aus der zweiten Klasse. Die Mädchen der dritten und vierten Klasse „kommen für eine Hegehöfe nicht in Frage“. Um dies alles regeln zu können, schlägt Darré eine neue Behörde unter dem Titel „Zuchtwart“ vor. Diese neue Behörde umschreibt dieses Rassegenie folgendermaßen:

„Die Zuchtwarte hätten ein von Staats wegen besoldeter Stand zu sein, mit Reichshauptstelle, Länderstellen und örtlichen Unterstellen. Sie müssen in der Lage sein, über jeden einzelnen des deutschen Volkes in einem Stammbuch genau Buch zu führen. Jedes Neugeborene erhält durch das Standesamt oder den auf dem Standesamt arbeitenden örtlichen Zuchtwart eine Art von Stammbuch eingerichtet, mit Jahreszahl, laufender Nummer usw. Krankheiten, gerichtliche Strafen, Schule, sonstige Ausbildung werden in das Stammbuch eingetragen. Der einzelne Deutsche braucht diese peinlich genaue Aktenführung über sich gar nicht zu merken. Will ein Deutscher heiraten, so ließe sich auf seinen Antrag hin alles Weitere von Zuchtwart zu Zuchtwart regeln.“

Eigentlich müßte es genügen, solche Phantasien der Lächerlichkeit preiszugeben. Das Buch ist nicht etwa eine humoristische Narrheit, sondern findet bei den Nationalsozialisten ernste Beachtung. Es ist dem bekannten Rassetheoretiker der Nazis, Paul Schultze, Naumburg, „in Verehrung und Freundschaft“ gewidmet.

Wenn die Arbeiterhausfrau erkrankt . . .

Die Grippe geht um. Wie ein tückisches Gespenst überfällt sie heute diesen, morgen jenen. Die Tageszeitungen berichten von Grippe-Epidemien in allen Teilen des Reiches. Bei den täglichen Besorgungsvorgängen hört man von immer neuen Grippekranken. Bei Massensammungen, zum Beispiel auf den Gängen und Treppen des Arbeitsamts, husten und niesen die Menschen. In fadenscheiniger, ungenügender Kleidung stehen sie oft stundenlang umher, ehe sie ihren Kontrollstempel in die Karte

gedrückt kriegen. Währenddem haben die Grippekeime genügend Zeit, sich von ihren Trägern auf andere Opfer zu übertragen. Ahnungslos bringt der heimkehrende Mann die Ansteckungskeime in den Haushalt. Kopfschmerzen, Husten, Schnupfen und Schmerzen in allen Gliedern stellen sich ein. Das Fieber steigt und schleunigst muß der Erkrankte ins Bett.

Nun kränkeln bereits auch schon die Kinder. Also, marsch, schleunigst auch ins Bett! Literweise bringt die Mutter heißen Lindenblütentee; die Kranken müssen schlucken und tüchtig schwitzen. Die Kinder sind nicht gerade sehr erbaut von der Schwitzkur, sie strampeln die Decke weg, wenn die Mutter den Rücken wendet. Zuletzt gibt es, als alle Ermahnungen nicht helfen, ein paar leichte Klapse. Das hilft. Die Kranken liegen ruhig und schwitzen. Die Temperatur sinkt, und allmählich klingt die Krankheit ab. Aber eine merkwürdige, unangenehme Körperschwäche bleibt noch längere Zeit zurück.

Die Hausfrau und Mutter hat ungeheuer viel zu tun. Kaum kommt sie zum Ausruhen. Sie spürt schon längst hier und da ein merkwürdiges Ziehen und Stechen in den Gliedern. Eine plötzlich sie befallende Schwächeanwandlung kämpft sie mit Aufbietung aller Kraft nieder. Aber — dann geht es doch nicht mehr weiter. Den tagelangen bohrenden Kopfschmerz, das Hämmern in den Schläfen ertrug sie schweigend. Die bleierne Müdigkeit, den heftigen Schmerz in Rücken, Brust und Hals kann sie kaum noch ertragen. Endlich muß auch sie sich ins Bett legen.

Hatte sie bis dahin die erkrankten Familienmitglieder gepflegt und betreut mit allen Kräften, ihnen hundert Handreichungen am Tag getan, so muß sie selber fast ganz auf die notwendigsten Hilfeleistungen von den Ihren verzichten. Die kaum Genesenen fühlen sich noch recht angegriffen, und dann — wer ersetzt in der Familie je vollkommen die Hausmutter!

Alle Arbeit wird viel zu umständlich, zu laut und obendrein doch nur halb gemacht! Eine Hausfrau ist von allen Berufen am schwersten zu ersetzen, wenn sie es treu nimmt mit ihrer Arbeit. Das merkt bald das ganze Hauswesen.

Das Fieber hat bei der erkrankten Mutter kaum etwas nachgelassen, die Körperschwäche ist noch längst nicht ganz behoben, da rappelt sich die Frau wieder hoch, steuert selber wieder das Schiff. Sie merkt es oftmals im Tage, daß sie noch recht erholungsbedürftig ist. Gerade sie hätte eine längere Ausspannung dringend nötig! Aber — das geht einfach nicht!

Der Mann, die Kinder können sich ruhig mal eine längere Krankheit mit nachfolgender Erholungszeit leisten, deshalb wird die häusliche Ordnung noch lange nicht aus den Fugen gehen. Die Arbeiterhausfrau darf es einfach nicht!

Sie darf es nicht, weil sie niemand hat, der alles so pünktlich, so geräuschlos und — mit einem Wort — so hausfrauulich zu machen versteht, wie eben sie! Eine Arbeiterhausfrau muß wirtschaften und hauszuhalten verstehen, um mit den wenigen Groschen auszukommen. Das kann ihr keine andere nachmachen . . .

Th. G.

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg

Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Lübeck. (Jahresbericht.) Schon im ersten Halbjahr 1931 war die Bautätigkeit äußerst schwach, der Beschäftigungsgrad lag auf 40 %. Bis zum Jahreschluß wurde der Baumarkt vollständig erdrosselt. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 95 %. Die halbfertigen Bauten liegen seit Juli still. Vom 16. April 1931 an trat ein Lohnabbau von 7,7 % ein. Die Unternehmer forderten 23 % Abbau. Dem Antrag der Allgemeinverbindlichkeit der Bezirkstarife wurde leider nicht entsprochen. Die langandauernde Arbeitslosigkeit hemmt naturgemäß die Aktivität unserer Kameraden. Der alte Kampfgeist ist aber ungebrochen. Der Mitgliederbestand blieb stabil. Ein besonderer Stolz besetzt unsere Kameraden in der Feststellung, daß unser Verband noch vollständig seine statutarischen Verpflichtungen erfüllt. An den Arbeitsgerichten konnten wir durch erfolgreiche Klagen 749,68 M herausholen. Differenzen wurden durch die Schlichtungsinstanzen erledigt. Bei den Versicherungsämtern wurden unsere Kameraden mit Erfolg vertreten, ebenso bei den Spruchausschüssen der Arbeitsämter. Noch eine Reihe weiterer Einzelheiten hatte der Vorstand in der Generalversammlung zu berichten.

Marktredwitz. (Jahresbericht.) In der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und die Abrechnung vom 4. Quartal. Der Kassenbericht wurde einstimmig genehmigt. Gauleiter Kamerad Promm hielt einen interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Notlage, der von den Kameraden mit der größten Aufmerksamkeit gehört wurde. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt.

Nürnberg-Fürth. (Jahresbericht.) Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß die Zahlstelle unter der ungeheuren Arbeitslosigkeit sehr zu leiden hatte. Wie aus dem Bericht hervorging, müssen für die kommende Zeit weitestgehende Beschlüsse gefaßt werden, um die Sanierung unserer Finanzen in der Zahlstelle sicherzustellen. Im Bericht des Vorstandes wurde besonders auf die internen Aufgaben während des Berichtsjahres hingewiesen, die der Vorsitzende eingehend behandelte. Der Bericht des Jugendleiters ließ ebenfalls erkennen, daß sich die Ungunst der Verhältnisse auch auf die Jugendbewegung auswirkte. Der Besuch der Versammlungen für die Jugendabteilung ließ des öfteren zu wünschen übrig. Die Neuwahl der Verwaltung ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Nach Erledigung der Finanzfrage der Zahlstelle und nach ziemlich lebhafter Debatte fand die Versammlung ihren Abschluß.

Obernigg. Unsere am 28. Februar stattgefundenen außerordentliche und gut besuchte Mitgliederversammlung stand im Zeichen unseres Kampfes- und Abwehrwillens gegen den Faschismus. Kamerad Kloske legte in seinen Ausführungen dar, was wir mit dem Sieg der braungelben Reaktion als Arbeiter zu verlieren haben. In der Erkenntnis, daß es um unser Sein oder Nichtsein geht, müssen wir uns am 13. März direkt gegen den Faschismus wenden, indem wir uns in die „Eiserne Front“ einreihen und unsere Stimmen nicht Zählkandidaten, sondern Hindenburg geben. „Kameraden, schlagt Hitler.“ Unsere nächste Versammlung findet am 20. März in Esdorf statt.

Osnabrück. (Jahresbericht.) Der Vorsitzende erstattete in der am 14. Januar stattgefundenen Generalversammlung einen ausführlichen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Durch die schlechte Wirtschaftslage war die Arbeitslosigkeit sehr groß, und eine Reihe unserer Kameraden mußten schon in den Sommermonaten Anträge auf Krisenunterstützung stellen. Auch berichtete er über einen Fall, wo einer unserer Funktionäre von Nazi-Banden bei Ausübung von Verbandsgeschäften überfallen wurde und dabei schwere Verletzungen davontrug. Nach Bekanntgabe der Quartalsabrechnungen wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Ein Antrag, für die Freimarken einen Beitrag von 10 § zu erheben, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende berichtete noch über die geplanten Randstadtsiedlungen und gab bekannt, daß sich die Interessenten zu einem Siedlerverein zusammengeschlossen haben. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen über die Entlohnung der Fürsorgearbeiter und über das Arbeitsverhältnis bei Notstandsarbeiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Plauen i. V. (Jahresbericht.) In der am 27. Januar stattgefundenen Versammlung gab der Vorsitzende den Kassen- sowie den Jahresbericht. In seinen Ausführungen wurden nochmals die zentralen Verhandlungen über Abschluß des Reichs- und Lohn tariffs gestreift. Nachdem der Lohn tarif seinen Ablauf gefunden hatte, glaubten die Unternehmer einen Lohnabbau diktieren zu können, der bis zu 30 % ging. Wir stellten die Forderung der 40-Stunden-Woche nebst entsprechendem Lohnausgleich. Da die Unternehmer auf ihren Abbau bestanden und den Kameraden durch Reverse einen Lohnabbau von 20 § zumuteten, so kam es zur Arbeitseinstellung. Durch Spruch des Haupttarifamts wurde die Bewegung beigelegt. Im Durchschnitt waren unsere Kameraden zu 85 % arbeitslos. Differenzfälle waren 10 vor dem Arbeitsgericht zu erledigen, in 5 Fällen mußte die Schlichtungskommission in Anspruch genommen werden. Versammlungen fanden 21 und Sitzungen 10 statt. Um die Ausgaben sicherzustellen, mußte vom 4. Quartal an die Freimarkte mit 5 § und die Beitragsmarke mit 10 § Lokalzuschlag belegt werden, dies ist nur als eine Notmaßnahme gedacht. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende alle Kameraden, dem Verbands die Treue zu wahren.

Schuppenbeil i. Ostpr. Die am 29. Januar stattgefundenen Generalversammlung nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen. Durch das Siedlungsprogramm der preußischen Regierung war es möglich, unsern Kameraden für einige Zeit Arbeitsmöglichkeit zu bieten. Der Vorsitzende kritisierte sehr stark das Verhalten einiger auswärtiger Firmen, die zur Ausführung der Siedlungsbauten auswärtige Arbeitskräfte mitbrachten. Der Vorsitzende berichtete auch über die im Berichtsjahr stattgefundenen Lohnbewegungen. Auch wurde das Ergebnis der Septembererhebungen bekanntgegeben. An Versammlungen wurden 8 abgehalten. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Die Zusammensetzung des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem Aufruf, daß sich alle Kameraden der „Eisernen Front“ anschließen sollen, die von allen Kameraden der Zahlstelle besuchte Versammlung.

Seidenberg. (Jahresbericht.) In der Generalversammlung vom 7. Februar hielt Gauleiter Kamerad Köhler einen Vortrag über die letzten Lohnverhandlungen. Anschließend verlas der Kassierer den Kassenbericht vom dritten Quartal. Für seine Mühewaltung wurde ihm gedankt und Entlastung erteilt. Um die Lokalkasse nicht zu schwächen, wurde eine Kolportagemarke von 10 § pro Monat eingeführt. Es soll damit dem Unterkassierer eine Entschädigung gewährt werden. Liegt doch unser Zahlstellengebiet sehr zerstreut. Es soll damit erreicht werden, daß jeder Kamerad seinen „Zimmerer“ wöchentlich erhält. Zur Bekämpfung des Faschismus findet demnächst eine Versammlung statt. Es sollen dazu sämtliche Kameraden mit ihren Frauen erscheinen. Die Vorstandswahl wurde glatt vollzogen. Mit dem Wunsche, daß das kommende Jahr allen Kameraden wieder Arbeitsmöglichkeit bringen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Spottau. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Die Eingänge brachten Statistiken, Mitteilungen über eine Lohnstreitsache und eine Ab-

schrift der Neuregelung des Lohnes zur Kenntnis. Den Ortsausschußbericht erstattete Kamerad Kahl. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der Kameraden des engeren Vorstandes. Der Posten des Jugendleiters wurde nicht mehr besetzt. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Kameraden, dem Verbands die Treue zu bewahren und den Kampf gegen den Faschismus mit aller Kraft zu unterstützen, die Versammlung.

Walsrode. (Jahresbericht.) In unserer Generalversammlung berichtete der Vorsitzende über die Ereignisse während des Krisenjahres 1931. Mehrere Kameraden mußten, da die Beschäftigungsmöglichkeit im Zahlstellengebiet sehr ungünstig war, sich auswärts Beschäftigung verschaffen. Für unser Zahlstellengebiet waren insgesamt 14 Versammlungen notwendig. Während des Berichtsjahres konnte an 8 Kameraden das Diplom für 25jährige Mitgliedschaft im Verbands überreicht werden. Der Kassierer berichtete über die Finanzverhältnisse in der Lokalkasse, und es wurde mit Genugtuung festgestellt, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage die lokalen Kassenverhältnisse als günstig zu bezeichnen sind. Die bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt.

Wiesbaden. (Jahresbericht.) Am 31. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete in seinem Jahresbericht, daß die Bautätigkeit im Zahlstellengebiet vollständig darniederliege. Daß diese wirtschaftlichen Verhältnisse auch unsere Kasse beeinflussten, war den Anwesenden ohne weiteres klar. Deshalb mußten wir zu außerordentlichen Mitteln greifen, wollten wir den Fortbestand unserer Zahlstelle nicht gefährden. Der Kassenbericht lag jedem Teilnehmer gedruckt vor. Der Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen. Ueber die Jugendbewegung und die Bauarbeiterschuttkommission wurde ebenfalls berichtet. Auf Antrag des Vorstandes, zur Stärkung der Lokalkasse einen wöchentlichen Beitrag auf die Freimarkte von 10 § zu erheben, wurde angenommen. Der alte Vorstand wurde mit wenigen Ausnahmen wiedergewählt. Dem Kameraden Fritz Ernst wurde als einzigen Jubilar in diesem Jahre für seine 25jährige Mitgliedschaft der Dank ausgesprochen und das Verbandsdiplom überreicht. In seinem Schlußwort ermahnte der Vorsitzende noch alle Kameraden auch in der folgenden Zeit wie bisher dem Verbands und der Zahlstelle die Treue zu bewahren, zum Wohle aller Kameraden.

Baugewerbliches

Enorme Steigerung der Bauvorhaben

Wie wir dem Bauten-Nachweis der „Bauwelt“ entnehmen, war in dem Monat Februar 1932 eine bisher noch nie gekannte Steigerung der baupolizeilichen Genehmigungen für Bauten aller Art festzustellen. Während im Februar 1931 nur 1750 Wohnhäuser baupolizeilich genehmigt wurden, kann nunmehr festgestellt werden, daß für den gleichen Monat dieses Jahres die Zahl der baupolizeilichen Genehmigungen für selbständige Bauten und Wohnhäuser auf 7962 gestiegen ist. Die „Bauwelt“ bemerkt hierzu, daß es sich um die bisher höchste Zahl aller Meldungen handelt, die in der Nachkriegszeit nur einmal, und zwar im März 1927, zu Beginn des lebhaftesten Baujahres, gezählt worden ist. Auch die Vorbereitungen von Nutzbauten aller Art, so meldet der Bauten-Nachweis der „Bauwelt“, ist bedeutend gestiegen. An Plänen für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, für Fabrik- und Verwaltungsgebäude, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Badeanstalten, Gemeindehäuser, Brücken usw. wurden im Februar 1932 insgesamt 481 Genehmigungen erteilt. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine bedeutende Steigerung. Hoffen wir nun, daß die geplanten Bauvorhaben auch ausgeführt werden können. Nur wenn das Baugewerbe angekurbelt wird, kann es gelingen, den Arbeitsmarkt

wesentlich zu entlasten. Wenn die politische Entscheidung in Deutschland zu unsern Gunsten ausfällt, dann ist zu hoffen, daß sich nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben, sondern auch vor allen Dingen das Baugewerbe in stärkerem Tempo beleben wird.

Genossenschaftsbewegung

Die große Leistung der Konsumgenossenschaften

Am Anfang des Jahres 1931 betrogen die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 406 Millionen Mark. Sie sind bis Ende des Jahres auf 319 Millionen Mark zurückgegangen. Hierzu wird in Nr. 9 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ folgendes ausgeführt: „Mit der Hebung des Vertrauens und der Stärkung der Zuversicht wurden die Abhebungen der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen kleiner. Die Spareinlageinzahlungen aber nahmen wieder zu. Der durch den Zusammenbruch des deutschen Geldmarktes hervorgerufene Abzug an konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen betrug für das zweite Halbjahr 1931 fast 100 Millionen Mark. In einer verhältnismäßig kurzen Frist stellten die Konsumgenossenschaften ihren spendenden Mitgliedern diesen Betrag — der den vierten Teil der im Laufe der Jahre gesammelten Spareinlagen darstellt — in bar zur Verfügung. Die Auszahlung dieser gewaltigen Summe im Zeitraum von nur sechs Monaten darf als eine bedeutsame und anerkennenswerte Leistung der Konsumgenossenschaften gewertet werden. Diese große Leistung ist in erster Linie durch die vorsichtige Geldwirtschaft der Konsumgenossenschaften und ihres zentralen Bankunternehmens ermöglicht worden.“

Wirtschaftspolitisches

Rekord der Pleiten

Im Jahre 1931 wurden insgesamt rund 27 000 Zahlungseinstellungen amtlich gemeldet. Davon entfielen 13 600 auf eröffnete und etwa 4900 auf mangels Masse abgelehnte Konkurse, 8500 auf gerichtliche Vergleichsverfahren. Gegenüber dem Vorjahre mit 22 700 Insolvenzen bedeutet das eine Zunahme um fast 20 % und 1929 eine Steigerung um 50 %, während vor dem Kriege der Jahresdurchschnitt der Zahlungseinstellungen zwischen 8000 und 9000 schwankte. Besonders hart betroffen wurde die Landwirtschaft, bei der sich eine Vermehrung der Zahlungseinstellungen um 45 % ergab. Auch das Baugewerbe und das Gastwirtsgewerbe hatten weit über den Durchschnitt hinausgehende Verluste; ihre Insolvenzenzahl erhöhte sich um 40 %. Eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit zeigte der Einzelhandel. Bei diesem betrug die Zunahme der Zahlungseinstellungen nur 12 %, während bei den industriellen Unternehmungen der Durchschnitt von 20 % erreicht wurde und beim Großhandel eine Steigerung um 25 % zu verzeichnen war. Insgesamt betraf von den 22 100 Insolvenzen (ohne die abgelehnten Konkursanträge) des verflossenen Jahres die Hälfte — 11 200 — das Handelsgewerbe, und zwar 10 545 den reinen Warenhandel, davon entfielen 2002 auf den Großhandel, 8543 auf den Einzelhandel. Im letzten Vierteljahr entfielen von 620 Konkursen bei der Gruppe Nahrungs- und Genußmittel 343 auf den Einzelhandel, 102 auf den Großhandel und 175 auf Industrie und Gewerbe.

Preissenkungsaktion beendet! — Und das Resultat?

Am 29. Februar erklärte der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, im Rundfunk, daß seine Tätigkeit im großen und ganzen beendet sei. Er erklärte weiter, die deutsche Wirtschaft sei auf einem Beharrungszustand angelangt, der so stabil sei, daß wirtschaftliche Dispositionen wieder für eine gewisse Zeit getroffen werden können. Immerhin sei eine Senkung des Index

um 7 bis 9 % erreicht, wie sie seit der Inflation in einem so kurzen Zeitraum noch nicht stattgefunden habe. Soweit Dr. Goerdeler. Er mag mit seiner Arbeit zufrieden sein. Die Lohn- und Gehaltsempfänger können dies nicht sagen. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für den Monat Februar kann als Vergleichsmaßstab in Beziehung zu den Lohn- und Gehaltssenkungen angesehen werden. Der Lebenshaltungskostenindex im Februar beträgt 122,3 % gegenüber 124,5 % im Januar und 130,4 im Dezember 1931. Vom Januar bis Februar ist nur ein Rückgang der Lebenshaltungskosten um 1,8 % festzustellen. Seit dem Monat Dezember bis Februar ist im ganzen nur eine Preissenkung der Lebenshaltungskosten von 6¼ % eingetreten. Nimmt man die Monate Dezember, Januar und Februar, so ergibt sich eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 7¼ %. Selbst die amtliche Berechnung der Tariflöhne stellt eine stärkere Senkung der Arbeitseinkommen fest. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Löhne und Angestelltengehälter im Durchschnitt nach der Notverordnung vom 8. Dezember um 12 % gesunken sind. Es wäre also eine Verschlechterung des sozialen Lebensstandards von etwa 5 % festzustellen. Die Zusicherung der Regierung, daß der Lebensstandard durch die Lohnsenkungen sich nicht verschlechtern sollte, sondern durch Preisabbau auszugleichen sei, ist also nicht eingetreten. Die schicksalhafte Verbundenheit der Löhne und Preise, wie der deutsche Reichskanzler erklärte, hat sich als höchst unzuverlässig erwiesen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind also die Geprellten. Das Experiment der Lohn- und Preissenkung ist fehlgeschlagen. Hinfort kann sich das arbeitende Volk auf niemand anders als auf seine eigene Kraft verlassen. Diese Erkenntnis muß aus alledem gezogen werden.

Arbeiterversicherung

Unfall auf dem Wege zum Lohnempfang auch nach Entlassung entschädigungspflichtig

Der Ansturm der Unternehmer auf Beseitigung der Paragraphen 545a, b und c der Reichsversicherungsordnung ist bekannt; denn sie wollen die Entschädigung für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle beseitigen. Wenn den Versicherten außerhalb des Betriebes Unglücksfälle zustößen, so sind sie nach Auffassung des Unternehmers selbst verschuldet und deshalb mit dem Betrieb nicht mehr zusammenhängend. Die gesetzlichen Bestimmungen des ursächlichen Zusammenhanges des Weges von und zur Arbeitsstelle mit dem Betriebe sind ihnen deshalb ein großes Hindernis. Unsere Aufgabe muß es sein, dieser rückschrittlichen Einstellung der Unternehmer mit allem Nachdruck entgegenzuarbeiten. Die vielen Unfälle außerhalb des Betriebes, aber noch mit dem Betrieb zusammenhängend, hervorgerufen durch die modernen Verkehrsmittel und dem damit verbundenen Tempo beweisen die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes dieser Unfälle. Ohne jeglichen Anspruch auf Unterstützung würden sonst Verunglückte und dadurch Erwerbsbeschränkte nur der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Die Unfälle, die sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle ereignen, sind sehr verschieden gelagert, und eine Reihe von Entscheidungen der höchsten Instanzen haben wir im „Zimmerer“ — um weitestgehende Aufklärung in dieser Frage zu erzielen — schon veröffentlicht. Ungeklärt war immer noch die Frage, ob ein Unfall auf dem Wege zum Lohnempfang, auch nach erfolgter Entlassung, noch entschädigungspflichtig sei. Dies wurde nun auch zugunsten der Versicherten in einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 7. Oktober

1931 (Aktenzeichen: Ia 5 311/29. 9.) entschieden.

Der Tatbestand und die Entscheidungsgründe sind aus folgendem ersichtlich: Ein Versicherter hatte nach seiner Entlassung noch einen Lohnrest zu fordern und begab sich zu diesem Zwecke an seine frühere Arbeitsstelle, um sich gleichzeitig eine Bescheinigung zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung zu beschaffen. Auf dem Wege verunglückte er. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Entschädigungsanspruch ab und auch das Oberversicherungsamt hielt die Abweisung für gerechtfertigt. Das Reichsversicherungsamt, bei dem vom Kläger Revision gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamtes eingelegt wurde, war anderer Auffassung als die Vorinstanz und hat somit den Entschädigungsanspruch des auf dem Wege zum Lohnempfang, wenn auch schon nach der Entlassung, Verunglückten anerkannt.

In der Begründung sagt der Senat, der Weg muß schon deshalb als versichert gelten, weil der Kläger noch rückständigen Lohn zu fordern hatte. Ob der Weg auch als versicherter Betriebsweg anzusehen war, weil der Kläger eine Bescheinigung für die Arbeitslosenversicherung abholen wollte, bleibt dahingestellt (also diese Frage ist in dieser Entscheidung nicht eingehend geklärt worden), aber die Abholung des Lohnes und der Weg nach dem Betriebe rechnet nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes zur Betriebstätigkeit. Die Lohnzahlung liegt nicht nur im eigenen Interesse des Arbeiters, sondern auch im Interesse des Unternehmers und an der ordnungsmäßigen Abwicklung des Lohnzahlungsgeschäftes. Der Umstand und worauf sich besonders die Berufsgenossenschaft stützte, daß der Kläger schon vorher entlassen wurde, steht nach Ansicht des entscheidenden Senats der Annahme eines versicherungspflichtigen Betriebsunfalles nicht entgegen. Durch den Weg zum Lohnempfang ist der auch schon Entlassene wieder formell vorübergehend in den Betrieb eingetreten. Damit sind seine Ansprüche an die Berufsgenossenschaft aus dem ihm zugestoßenen Unfall berechtigt.

Das Ruhen der Invalidenrenten

Die letzte Notverordnung vom Dezember 1931 hat bekanntlich auch eine Bestimmung gebracht, nach welcher Renten aus der Invaliden-, der Angestellten- und der Knappschaftsversicherung dann ruhen, wenn der Rentenberechtigte Krankengeld, Unfallrente, Kriegsrente oder Ruhegeld usw. erhält. Das Ruhen tritt in diesen Fällen bis zur Höhe dieser Bezüge ein. Ähnliche Bestimmungen sind auch für die Hinterbliebenenrenten geschaffen worden. Wir sind an dieser Stelle bereits seinerzeit auf diese Neuerungen eingegangen und haben darauf hingewiesen, welche Verschlechterungen sie darstellen. Die Versicherungsträger sind durch diese Notverordnung vor die schwere Frage gestellt worden, das Ruhen in der Praxis durchzuführen. Es ist dies keine leichte Aufgabe, da ja die Versicherungsanstalten als Träger der Invalidenversicherung nicht wissen, wann und wieviel Krankengeld ihre Rentenempfänger erhalten. Weiter wissen sie nicht, welchen Krankenkassen die Empfänger von Renten angehören. Die Zusammenarbeit zwischen Invaliden- und Krankenversicherung ist eben auf diesem Gebiete sehr locker. Die Ruhensvorschriften mußten nun angewendet werden, ein Rätsel war nur die praktische Durchführung. Der Reichsarbeitsminister hat unterm 30. Januar 1932 deshalb eine weitere „Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Sozialversicherung in der 4. Notverordnung“ erlassen. Diese enthält neben verschiedenen Ausführungsbestimmungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, noch eine äußerst wichtige Verpflichtung für die Rentenempfänger. Die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung sind, um die Möglichkeit der Anwendung der Ruhensvorschriften zu schaffen, verpflichtet, Fragen usw. der Versicherungsanstalten hierüber zu beantworten. Tun sie das nicht, so ziehen sie sich schwere Rechtsnachteile zu. Die Vorschrift heißt

wörtlich: „Der Versicherungsträger kann die Invalidenrente, das Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung sowie die Invaliden- (Alters-) Pension aus der knappschaftlichen Versicherung einstellen, solange der Berechtigte die Frage, ob er Bezüge hat, die nach § 10 das Ruhen bewirken würden, nicht beantwortet. Ein Rechtsmittel findet nicht statt.“ Die Empfänger von Renten sind somit verpflichtet, Anfragen der Landesversicherungsanstalt dieser Art zu beantworten. Tun sie dies nicht, so wird die Rente eingestellt, bis die erwünschte Antwort eingeht. Ein Rechtsmittel gegen diese Einstellung ist ausgeschlossen. Der Versicherte hat also keine Möglichkeit, sich gegen die Rentenverweigerung zu beschweren.

Darüber hinaus verteilen die Landesversicherungsanstalten Merkblätter über diese neuen Ruhensvorschriften. Diese geben die Postanstalten bei der Rentenauszahlung den Rentenempfängern mit. Auf denselben wird in aller Kürze auf die neuen Bestimmungen hingewiesen. Weiter heißt es dann: „Der Rentenempfänger, und falls der Empfänger nicht der Berechtigte ist, ist der letztere verpflichtet, der Versicherungsanstalt, die ihm die Rente bewilligt hat, unter genauer Angabe des Namens, des Geburtstages und der Anschrift sowie tunlichst unter Angabe des Akten- und Rentenzeichens des Rentenbescheides sofort Mitteilung zu machen, falls er Krankengeld oder ähnliche Bezüge erhält. In dieser Mitteilung muß er weiter angeben, von welcher Kasse oder Anstalt er die Bezüge erhält. Die Mitteilung muß unaufgefordert geschehen. Der Rentenempfänger ist demnach beispielsweise verpflichtet, jeden Bezug von Krankengeld, der über einen Monat anhält, der Landesversicherungsanstalt mitzuteilen, und zwar ohne jede Aufforderung. In dem Merkblatt heißt es weiter wörtlich: „Wer diese Mitteilung unterläßt oder unrichtige Angaben macht, setzt sich der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aus.“ Es ist den Versicherten nur zu empfehlen, auf diese Bestimmungen zu achten. Jede Nichteinhaltung kann schwere Nachteile nach sich ziehen. KI-s.

Arbeitsrechtliches

Unzulässige Entlassungen.

Im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern gilt für den Regelfall, daß nur die gegenseitigen Verpflichtungen zu erfüllen sind, die sich aus dem Inhalt des Arbeitsverhältnisses beziehungsweise des Arbeitsvertrages ergeben. Für die Vertragsauflösung gilt daher auch nur dasselbe. Es ist, um einen Arbeitsvertrag aufzulösen, nur nötig, eine entsprechende Willenserklärung unter Einhaltung der vertragsmäßigen oder gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Kündigungsfrist abzugeben. Gegen eine so ausgesprochene Kündigung hätte der Widerspruch eines Arbeiters keinerlei rechtliche Wirkung. Von diesem allgemeinen Rechtsgrundsatz gibt es aber nun wichtige Ausnahmen, nämlich den öffentlich-rechtlichen Entlassungsschutz und die Unzulässigkeit von Kündigungen mit Schädigungsabsicht, sogenannte sittenwidrige Kündigungen.

Öffentlich-rechtliche Kündigungsschutzbestimmungen gibt es vor allem für den Schwerbeschädigten, zu dessen Entlassung nach § 13 des Schwerbeschädigtengesetzes die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle erforderlich ist, wogegen dann wiederum gemäß § 21 die Beschwerde an den Schwerbeschädigtenausschuß zulässig ist.

Noch wichtiger ist der Entlassungsschutz der Betriebsvertretungsmitglieder, die nach §§ 96 bis 98 BRG. nur mit Zustimmung der Betriebsvertretungen beziehungsweise beim Betriebsobmann der Belegschaft respektive auf Grund einer Ersatzzustimmung der Arbeitsgerichtsbehörden rechtswirksam entlassen werden können.

Auch der Schutz der Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter gemäß § 26 des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Beisitzer der Instanzen der Arbeitsbehörden gemäß

§ 20 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vor Entlassungen wegen Ausübung dieser Ehrenämter gehört hierher, weil dieser Schutz in den beiden genannten Gesetzen noch weitergehend geregelt ist als im Artikel 160 der Reichsverfassung mit dem Schutz der Arbeiter vor fristloser Entlassung bei der Ausübung öffentlicher Ehrenämter.

Alle diese angezogenen Entlassungsschutzbestimmungen werden mindestens allen Funktionären der Gewerkschaften weitgehend bekannt sein, so daß es bei der Kürze dieser Darstellung verbleiben kann. Im übrigen sei auf die entsprechenden Erläuterungsbücher beziehungsweise auf die Rechtsprechung hierüber verwiesen.

Weit weniger bekannt ist es dagegen, daß an sich arbeitsvertraglich zulässige Kündigungen wegen des Grundes, aus dem sie ausgesprochen werden, gegen die guten Sitten beziehungsweise gegen ein besonderes Schutzgesetz verstoßen und deshalb unwirksam sein können. In ständiger Rechtsprechung, zum Beispiel in allen nachstehend besprochenen RAG-Entscheidungen, vertritt das Reichsarbeitsgericht hierzu folgenden Grundsatz: Auch die Kündigung eines Vertragsverhältnisses, ebenso wie alle andern Handlungen und Rechtsakte, unterliegt im Hinblick auf Beweggrund und Zweck den Vorschriften der §§ 134, 138 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Diese genannten Bestimmungen des BGB. haben folgenden Wortlaut:

§ 134: Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.

§ 138: Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.

Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines andern sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, die den Wert der Leistung dergestalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.

§ 826: Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem andern zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Im einzelnen ergibt sich aus dieser Rechtslage nunmehr folgendes:

Nach §§ 84 ff. BRG. können Entlassungen einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung oder Entschädigung auslösen, wenn sie wegen gewerkschaftlicher, politischer, religiöser oder sonstiger Betätigung oder Nichtbetätigung ausgesprochen worden sind, ebenso, wenn sie eine unbillige Härte darstellen, die nicht durch das Verhalten des Arbeiters oder durch die Verhältnisse des Betriebes begründet ist. Hier ist es bereits ausreichend, dem Gericht die Ueberzeugung beizubringen, daß der begründete Verdacht vorliegt, die Kündigung sei ein Verstoß gegen die Entlassungsschutzbestimmungen der Belegschaftsangehörigen auf Grund des Betriebsrätegesetzes. Es ist also nicht nötig, den Nachweis zu führen, daß ein solcher Verstoß tatsächlich vorliegt, sondern der Nachweis des begründeten Verdachts ist ausreichend.

Noch weitergehend ist der Entlassungsschutz auf Grund des Artikels 159 der Reichsverfassung, der bestimmt:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Kann ein Arbeiter beweisen, daß er wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft entlassen worden ist, dann ist eine derartige Entlassung überhaupt unwirksam. (Siehe RAG. 533/28, „Arbeitsrechts-Praxis“, 1929, Seite 169.) In der nächsten Nummer des „Zimmerer“ werden wir an gleicher Stelle die unzulässigen Entlassungen von Personen, die öffentliche Aemter bekleiden, behandeln.

Entlassungsschutz ohne Betriebsvertretung ist undenkbar, darum wählt Bau- und Platzdelegierte!

Politische Wochenschau

Gegen Terrorakte im Wahlkampf — Die Folge der volksparteilichen Politik — Briand gestorben — Nazi-Hetzschriften beschlagnahmt — Das „Dritte Reich“ als Zuchthausstaat — Wie „Nazi-Helden“ aussehen

In allen Teilen Deutschlands herrscht zur Zeit politische Hochspannung. Die Anhänger terroristischer Gewaltakte benutzen den Wahlkampf, um ihr Banditentum voll zur Geltung zu bringen. Andersdenkende werden überfallen und übel von diesen „Erneuerern“ des Staatssystems zugerichtet. Um diesen Uebergriffen gegen Andersdenkende Einhalt zu gebieten, hat auf einer Konferenz der staatlichen Polizeiverwalter Preußens der preußische Innenminister Severing erklärt, daß die Polizei dafür sorgen müsse, daß die Grenzen der Ordnung und Sauberkeit auch im Wahlkampf nicht überschritten werden dürfen. Es kann nicht geduldet werden, daß riesengroße Inschriften Gebäude und Landschaften verschandeln. Weiter wandte sich Severing gegen die Redereien von Putschgelüsten radikaler Gruppen. Die Polizei hat die Aufgabe, mit aller Entschlossenheit gegen solche Verbreitungen und gegen Uebergriffe der nationalsozialistischen SA-Formationen einzugreifen. Die Polizei ist verpflichtet, jeden Staatsbürger vor diesen Terrorakten zu schützen.

In den Kreisen der Deutschen Volkspartei gibt es zweierlei Auffassungen über die Stellung der Partei zur Reichsregierung. In der letzten Reichstagsagung nahm die Partei offiziell gegen die Regierung Brüning Stellung und brachte auch einen dementsprechenden Antrag ein. Durch Auflegung des Fraktionszwanges, für die Mißtrauensanträge zu stimmen, sind mehrere Abgeordnete aus der Partei ausgetreten. Aber auch in den einzelnen Wahlkreisen wird gegen den Dingeldey-Kurs Sturm gelaufen. So hat unter anderem der Vorstand des Wahlkreises Westfalen-Süd von seinen Abgeordneten den Austritt aus der Deutschen Volkspartei gefordert. Damit hat sich der gesamte Wahlkreis gegen die Gesamtpartei gestellt. Auch in andern Wahlkreisen wird Stimmung gegen die Partei gemacht. Die Zersetzungsarbeit durch den unsicheren Kurs von Dingeldey macht in der Deutschen Volkspartei riesige Fortschritte.

Der frühere französische Ministerpräsident Aristide Briand ist gestorben. Briand war der aktivste Staatsmann Frankreichs in der Nachkriegszeit gewesen. Im Laufe seiner 30jährigen politischen Laufbahn war er 11mal französischer Ministerpräsident und 25mal Ressortminister. Briands Politik diente der Idee des Friedens. Er war ein aufrichtiger und überzeugter Kämpfer für die friedliche Verständigung der Völker. Sein Streben galt der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Kein ausländischer Staatsmann war wohl auch in Deutschland so bekannt und so viel genannt wie er. Hoffen wir, daß der Geist Briands auch in Zukunft in Frankreich weiterlebe zum Wohle der Völker und zum Andenken an den Verstorbenen.

In einem Bettelbrief der NSDAP. an Großindustrielle und finanzkräftige Personen bildete den Schluß folgender Satz: „Für eine gute Verwendung der unserer Partei zur Verfügung gestellten Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr.“ Die Nazis verwenden das Geld auch tatsächlich sehr gut im Interesse des Großkapitals zur Bekämpfung der Arbeiterschaft. Der große Parteiapparat im braunen Haus sowie in den einzelnen Gauleitungen verschlingt mächtige Summen. Darüber hinaus werden die Gelder hauptsächlich verwandt, um Hetschriften gegen das „System“, und damit gegen die Demokratie zu erzeugen. Große Mengen Druckschriften, die besonders in der

jetzigen Wahlzeit verwendet werden sollen, um die Häuser zu bekleben und die Leute zu belästigen mit ihrem demagogischen Inhalt, werden von der Partei überall verteilt. Im Büro der Hannoverischen Nationalsozialisten konnten von der Polizei allein über 80 000 nicht vorgelegte Druckschriften beschlagnahmt werden. Das Geld der Kapitalisten wird also gut verwandt im Kampf gegen die demokratischen Rechte des deutschen Volkes.

Die Redner der Nationalsozialisten preisen in ihren Versammlungen jetzt den Endkampf, den sie schon sehr oft versprochen haben, an. Der Abgeordnete Goebbels prophezeite den Wahlsieg Hitlers, und nur dadurch sei die Gewähr gegeben, daß „alles anders werde“. Was anders werden soll, darüber gibt das nationalsozialistische Programm keine Auskunft. Nur aus einem Antrag Fricks, der im Reichstag eingebracht wurde, ist zu ersehen, was nach der Machtergreifung durch die Nazis grundlegend anders werden soll. In dem Antrag wird gefordert, daß der, der Landesverrat begeht, mit dem Tode zu bestrafen sei. Ebenfalls wird die Todesstrafe über den verhängt, der sich weigert, Kriegsdienste zu leisten oder pazifistische Gesinnung äußert oder sogar antimilitaristische Propaganda betreibt. Nach dem Vorbild des italienischen neuen Strafgesetzbuches sollen auch in Deutschland alle diejenigen, die internationale Verbindungen und Organisationen für den Völkerfrieden schaffen, mit schweren Zuchthausstrafen belegt werden. Ein ähnliches Programm haben auch die Boxheimer Dokumente enthüllt, in denen der Refrain immer wiederkehrte: „... wird auf der Stelle erschossen“. Das ist bis jetzt das einzige, was bekannt ist, was anders werden sollte, wenn Hitler zur Macht kommen würde. Das dritte Reich würde also den vollendeten Zuchthausstaat bedeuten. Es würde ein Staat der Willkür und Rechtlosigkeit, der Barbarei und des Terrors sein.

In einem Aufruf des Häuptlings der Gauleitung der NSDAP. für Hessen wird gegen die Mordhetze des „marxistischen Untermenschentums“ hingewiesen. Dabei wurde ein angeblich hingemordeter SA-Mann Mohr als „heroisches Vorbild“ gefeiert. Es wurde aber einwandfrei festgestellt, daß Mohr einem Gehirnschlag erlegen ist, nachdem er in betrunkenem Zustande vom Rad gestürzt war, ohne Zutun Dritter oder gar gegnerischer Personen. Wie dieser „heroische Held“, der in der gesamten Nazipresse gefeiert wird, aussieht, und welches „einwandfreie“ Privatleben er geführt hat, ergibt sich aus den Gerichtsakten, wonach er schon sechsmal wegen Körperverletzung, Tierquälereien und Hausfriedensbruchs verurteilt wurde. Schon während seiner aktiven Militärzeit hat dieser „Held“ seinen Vorgesetzten niedergestochen und dafür 6½ Monate Gefängnis erhalten. Mehrere Male war er schon in Irrenanstalten untergebracht. Mohr hat auch schon die Schule des roten Frontkämpferbundes durchgemacht und landete schließlich in der SA. Das sind die Helden der Nazibewegung, dem sogar bei der Beerdigung der kaiserliche Prinz

Auwi das Ehrengelicht angeleihen ließ. Die Arbeiterschaft kann auf solchen „heroischen Kämpfer“ verzichten.

Briefkasten der Redaktion

Oberreiche, V. L. In dem von Dir angegebenen Fall bekommt leider die Frau die Januarrente nicht mehr. Es heißt nämlich im Gesetz nach den Aenderungen der 4. Notverordnung: „Ist der Empfänger einer Rente nach dem Fünftzehnten eines Monats verstorben, so beginnt die Hinterbliebenenrente bereits mit dem ersten Tage des folgenden Monats, wenn der Antrag in diesem Monat gestellt wird.“

E. B., Doberan. Von Deiner Zuschrift haben wir Kenntnis genommen. Leider eignet sie sich nicht zur Veröffentlichung. Wende Dich nochmals an die Krankenkasse.

Gumbinnen, E. F. Berichte können nur veröffentlicht werden, wenn sie in einer angemessenen Zeit nach Stattfinden der Versammlung an uns gelangen. Wir nehmen deshalb von einer Veröffentlichung Deines Berichts Abstand.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Sitz Hamburg

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 hat der Aufsichtsrat obiger Kasse gemäß § 23 Ziffer 7 der Satzung Aenderungen in bezug auf Beiträge und Leistungen vorgenommen.

Die 4. Notverordnung bedingt, daß auch die Ersatzkassen für die versicherungspflichtigen Mitglieder nur die Regelleistungen der Reichsversicherungsordnung zu gewähren haben. Das heißt, daß alle Mehrleistungen der Kasse in bezug auf Krankenhilfe auf 26 Wochen, statt bisher 40 Wochen, abgebaut werden.

Auch wird nach dieser Notverordnung den Familienangehörigen keine Krankenhausbildung und auch kein Sterbegeld mehr gewährt.

Der Beitrag zur Krankenversicherung wurde auf 6% herabgesetzt und beträgt in der

	Täglicher Grundlohn	Arbeitsentgelt die Woche	Wöchentlicher Beitrag
Klasse 1	1,—	bis 10,50	—,42
„ 2	2,—	10,51 „ 17,50	—,84
„ 3	3,—	17,51 „ 24,50	1,26
„ 4	4,—	24,51 „ 31,50	1,68
„ 5	5,—	31,51 „ 38,50	2,10
„ 6	6,—	38,51 „ 45,50	2,52
„ 7	7,—	45,51 „ 52,50	2,94
„ 8	8,—	52,51 „ 59,50	3,36
„ 9	9,—	59,51 „ 66,50	3,78
„ 10	10,—	66,51 und mehr	4,20

Um nun die bisherigen Mehrleistungen der Stammmitglieder und der einzelnen Familienmitglieder wieder zu erlangen, hat der Vorstand und der Aufsichtsrat der Kasse eine Ergänzungsversicherung eingeführt.

Der Beitrag beträgt in den Grundlohnstufen 1 bis 4 pro Woche 30 „ 5 „ 7 „ „ 50 „ 8 „ 10 „ „ 70 „

Der hier angeführte Zusatzbeitrag muß alle Woche mit dem Wochenbeitrag gezahlt werden.

Auch bei Arbeitslosigkeit ist den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, sich in der Ergänzungsversicherung zu versichern.

Die Aenderungen treten mit dem 1. Februar 1932 in Kraft.

Der Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22, Hamburger Straße 131, II. Et. I. A.: P. Krause.

Literarisches

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6. Im Februarheft der Zeitschrift finden wir eine Reihe sehr instruktiver Abhandlungen. Der Bezug der Zeitschrift von allen Funktionären ist dringend erforderlich.

„Sowjetdeutschland?“ Dr. Peter Garwy. Nicht „Sowjetdeutschland“, sondern sozialistischer Volksstaat. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 32 Seiten. Mit Umschlag. 1932. Preis 10 Pf.

Volksfunk — Arbeiterfunk. Illustrierte Wochenschrift für Funkhörer. Offizielles Organ des Arbeiter-Radiobundes. Verlag: Volksfunk G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 25 Pf. Die neue, wirklich erstklassige Zeitschrift ist in musterwürdiger Weise redigiert. Die Illustrationen sind vorzüglich; sie beleben die Zeitschrift ungemein. Wer den Volksfunk zur Hand nimmt, der ist erfreut über die wohlgeleitete Zeitschrift. Allen Freunden des Rundfunks kann der Bezug der Zeitung nur empfohlen werden.

Sterbetafel

Bremen. Am 1. März starb unser Kamerad **Heinrich Müller** im Alter von 38 Jahren an Lungen- und Rippenfellentzündung.

Chemnitz. Am 1. März starb unser Kamerad **Edmund Gläser** im Alter von 38 Jahren an Krebsleiden.

Forst i. d. Lausitz. Am 22. Februar starb unser Kamerad **Günter Horn** im Alter von 17 Jahren.

Freiburg i. B. Am 29. Februar starb unser Kamerad **August Albietsch** im Alter von 54 Jahren.

Hamburg. Am 4. März starb unser Kamerad **Wilhelm Kruse** im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.

Hannover. Am 3. März starb unser Kamerad **Chr. Oltmanns** im Alter von 62 Jahren an Schlaganfall.

Kiel. Am 1. Februar starb unser Kamerad **Heinrich Scheibner** im Alter von 74 Jahren an Herzschlag.

Nienburg a. d. Weser. Am 2. März starb unser Kamerad **Dietrich Dohrmann** im Alter von 57 Jahren.

Nürnberg. Am 2. März starb unser Kamerad **Heinrich Wick** im Alter von 73 Jahren an Schlaganfall.

Stettin. Am 29. Februar starb unser Kamerad **Wilhelm Brandt** im Alter von 72 Jahren an Lungenentzündung.

Waldenburg i. Schl. Am 25. Februar starb unser Kamerad **Ernst Künzel** im Alter von 21 Jahren.

Würzburg. Am 29. Februar starb unser Kamerad **Michael Pfeufer** im Alter von 58 Jahren.

Ehrehrem Andenken!

Kurt Dahnert, Zimmerer, Buchnummer 536 332 sende Deine Adresse an **Karl Scherzer, Schöneck i. V., Klingerstr. 12.** [2 M]

Lest gute Bücher!



Kauft die vom Verband herausgegebene **Fachliteratur!**

Ein Inserat hat immer Erfolg! Inseriert im „Zimmerer“!

MANN UND FRAU
PREISABBAU!
Hygienische Artikel
Liste 14, frei und diskret durch VOGELANG
Berlin / Bernburger Str. 14

Ich helfe Ihnen

Gummi, Tropfen, Tee. Preisbroschüre Z 10 durch:

Wohleben & Weber G. m. b. H. Berlin W 30

Ischias-, Gicht- und Rheumatis-muskranke

teile ich gern gegen 15 S Rückp., sonst **kostenfrei**, mit, wie ich vor Jahr. v. mein. schw. Ischias- u. Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

Jean Stieling
Kantinenpächter
Frankfurt/Oder 135
Judenstraße 6

Gelesene „Zimmerer“ an Unorganisierte weitergeben!

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot. Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen, Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.** Mechanische Kleiderfabrik.

Welt-Versandhaus Fritz Ulrich

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60



Korbmöbel ab Fabrik

Teilzahlung bis 10 Monate, franko Lieferung. Schlager: Dreiteilige Polstergarnitur 27,90 M. Katalog gratis. **Korbmöbelfabrik Böhm** Oberlangenstadt 289, Lichtenfels-Land



Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität. Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis. **Karl Ramisch, Pirna a. d. Elbe.**